

Römisch-katholische

S Y N O D E

des Kantons Zürich

P R O T O K O L L

8. Synoden-Sitzung vom 27. Juni 2013

08:15 – 16:50 Uhr

RATHAUS ZÜRICH

8. Amtsdauer

Katholische Kirche im Kanton Zürich

Synode
Hirschengraben 70
8001 Zürich
www.zh.kath.ch/synode

Telefon 044 266 12 20
Fax 044 266 12 21
synode@zh.kath.ch

8. Amtsdauer

Substanzielles Protokoll
der 8. Sitzung der Synode
vom 27. Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

Eröffnung	4
1. Ersatzwahl in der Kirchgemeinde Rümlang	4
2. Mitteilungen	4
3. Jahresbericht 2012 der Personalombudsstelle	6
3.1. Detailberatung	6
3.2. Schlussabstimmung	8
4. Jahresbericht 2012 der Rekurskommission	8
4.1. Detailberatung	8
4.2. Schlussabstimmung	11
5. Wahl der Mitglieder, des Präsidiums und der Ersatzmit-glieder der Rekurskommission	11
6. Jahresbericht 2012 des Synodalrates	14
6.1. Detailberatung	15
6.2. Schlussabstimmung	30
7. Jesuit Refugee Service JRS. Nothilfe für Syrien	30
7.1. Eintretensdebatte	30
7.2. Detailberatung	31
7.2.1. Gegenüberstellung Ziffer 1	33
7.3. Schlussabstimmung	34
8. Rechnung 2012 der Zentralkasse	36
8.1. Detailberatung	36
8.2. Schlussabstimmung	40
9. Teuerungsausgleich auf den 1. Januar 2014	42
9.1. Schlussabstimmung	43
10. Römisch-katholische Körperschaft des Kantons Zürich. 50 Jahre Jubiläum 2013. Rahmenkredit Sozialdiakonie	43
10.1. Eintretensdebatte	44
10.2. Detailberatung	45
10.3. Schlussabstimmung	46
11. Fragestunde	47
11.1. Frage von Monika Rügsegger und Othmar Stüdli	47
11.2. Frage von Gian Vils	48

Präsenz

Vorsitz	André Füglistner, Urdorf
Anwesend am Vormittag	92 Mitglieder der Synode 21 Mitglieder Fraktion Albis 22 Mitglieder Fraktion Oberland 24 Mitglieder Fraktion Winterthur 25 Mitglieder Fraktion Zürich 8 Mitglieder des Synodalrates Giorgio Prestele, Generalsekretär des Synodalrates
Entschuldigt	7 Mitglieder der Synode 1 Mitglied des Synodalrates
Entschuldigt haben sich	Arena Gianni, Uster Artho Pia, Schlieren Fäh Urs, Zürich-St. Josef Stamm Raphaela, Opfikon Tönz Leo Erwin, Zürich-Maria Lourdes Virchaux Sonja, Zürich-Oerlikon Zimmermann Walter, Zürich-St. Gallus Pfr. Luzius Huber, Synodalrat
Gäste	Dr. Josef Annen, Generalvikar Albertina Kaufmann, Präsidentin Seelsorgerat René Berchtold, Dekan
Anwesend am Nachmittag	91 Mitglieder der Synode 20 Mitglieder Fraktion Albis 22 Mitglieder Fraktion Oberland 24 Mitglieder Fraktion Winterthur 25 Mitglieder Fraktion Zürich 7 Mitglieder des Synodalrates Giorgio Prestele, Generalsekretär des Synodalrates
Entschuldigt	8 Mitglieder der Synode 1 Mitglied des Synodalrates
Entschuldigt haben sich	Arena Gianni, Uster Artho Pia, Schlieren Fäh Urs, Zürich-St. Josef Stamm Raphaela, Opfikon Tönz Leo Erwin, Zürich-Maria Lourdes Virchaux Sonja, Zürich-Oerlikon Zimmermann Walter, Zürich-St. Gallus Pfr. Luzius Huber, Synodalrat
Gäste	Dr. Josef Annen, Generalvikar Albertina Kaufmann, Präsidentin Seelsorgerat
Vakant	1 Sitz der Fraktion Zürich

Eröffnung

Die Einladung mit der Traktandenliste und ersten Unterlagen wurde gemäss § 7 der Geschäftsordnung der Synode rechtzeitig am 30. Mai 2013 zugestellt. Mit dem Versand vom 13. Juni 2013, wurden die restlichen Unterlagen verschickt.

Mehr als die Hälfte der Synodalen ist anwesend, die Synode ist gemäss § 10 der Geschäftsordnung verhandlungsfähig.

1. Ersatzwahl in der Kirchgemeinde Rümlang

Bericht und Antrag des Synodalrates vom 13. Mai 2013 wurde am 30. Mai 2013 zugestellt, gleichzeitig mit dem Bericht und Antrag der Geschäftsleitung vom 28. Mai 2013.

Der Synodalrat und die Geschäftsleitung der Synode beantragen der Synode, die Ersatzwahl der Kirchgemeinde Rümlang zu anerkennen.

Die Synode beschliesst stillschweigend:

Die Wahl von Bruno Rüttimann, Rümelbachstrasse 40, 8153 Rümlang als neues Mitglied der Synode für den Rest der Amtsdauer 2011 – 2015 wird anerkannt.

Bruno Rüttimann legt das Amtsgelübde ab.

Einleitende Worte

Edith Wüst, Fraktion Winterthur, spricht die einleitenden Worte.

2. Mitteilungen

André Füglistler, Präsident der Synode:

Der kleine Landeskirchenrat des Kantons Uri hat wiederum Rechenschaft abgelegt über den von der Körperschaft des Kantons Zürich für die Jugendseelsorge geäußerten Fonds „Felix und Regula“. Die Mittel wurden umsichtig und zweckentsprechend eingesetzt, worauf die Geschäftsleitung die Auszahlung der fünften und letzten Tranche von CHF 50'000 veranlasst hat. Beim Treffen in Sachseln haben sich die Urner einmal mehr als sehr dankbar für diese Unterstützung gezeigt, die eine Kompensation dafür darstellt, dass vor 1963 die katholischen Stammlande das kirchliche Leben in Zürich unterstützt haben. Die Spende „Felix und Regula“ nimmt damit ein Ende, aber die Kasse in Uri ist noch so gut gefüllt, dass sie noch einige Zeit weiterhilft.

Die Geschäftsleitung hat entsprechend der Nomination der Fraktionen die Nichtständige Kommission „7 statt 9 Synodalräte“ wie folgt eingesetzt:

Gian Vils, Fraktion Zürich (Präsident), Adolf Dörig und Markus Frick, Fraktion Albis, Sandra Besser und Hans Peter Staub, Fraktion Oberland, Erwin Hollenstein und Josef Lehmann, Fraktion Winterthur, Marcel Dublanc und Manfred Furrer, Fraktion Zürich.

Rücktritte aus der Synode:

Das Rücktrittsschreiben von Laura Keller aus der Kirchgemeinde Felix und Regula, Zürich, wird verlesen. Sie hat ihren Austritt aus der Synode per 24. Mai 2013 eingereicht, weil sie einen mindestens ein Jahr dauernden Auslandsaufenthalt in Afrika angetreten hat.

Das Rücktrittsschreiben von Iris Utz aus der Kirchgemeinde Stäfa, welche ihren Austritt aus der Synode per 31. Dezember 2013 eingereicht hat, wird verlesen. Sie wird aus dem Kanton Zürich wegziehen.

Die Geschäftsleitung der Synode ist mit dem Synodalrat übereingekommen, durch eine ausserordentliche Informationsveranstaltung kurz nach den Sommerferien einen vertieften Einblick über den Stand des Geschäftes Neubau an der Pfingstweidstrasse Zürich zu vermitteln. Beteiligt werden nebst dem Ressortleiter Dr. Zeno Cavigelli, auch seine Kaderpersonen aus Architektur, Kostenmanagement und Baurecht sein. Der Anlass ist in erster Linie auf die involvierten Kommissionsmitglieder ausgerichtet, wird aber mit Anmeldung auch allen interessierten Synodalen offen stehen. Er wird in Form eines Synodenstammes durchgeführt. Die Einladung erfolgt schriftlich sobald als möglich.

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalrats:

Im Zusammenhang mit der schriftlichen Anfrage von Josef Lehmann über Solidarität mit den orthodoxen Kirchen wurde im Dezember 2012 versprochen, an der Juni-Synode einen Zwischenbericht abzugeben.

Dr. Peter Wittwer, ein ausgewiesener Kenner der Ostkirchen, wurde zu Rate gezogen. In zwei Sitzungen hat sich herauskristallisiert, dass angezeigt wäre, die orthodoxen Kirchen beim Erlangen der öffentlich-rechtlichen Anerkennung zu unterstützen. Bei einem Treffen mit Vertretern eines Teils der orthodoxen Kirchen wurden konkrete Schritte über das Vorgehen diskutiert. Dieses erwies sich als nicht ganz einfach.

Man hat diskutiert, einen Verein zu gründen, welcher die Anerkennung erhalten würde, was jedoch der Kantonsverfassung widersprechen würde. In dieser steht, dass nur einzelne Religionsgemeinschaften anerkannt werden dürfen. Um abzuklären, ob die öffentlich-rechtliche Anerkennung für einzelne, allenfalls für alle Mitglieder der Ostkirchen, erhältlich wäre, ist man mit der Direktion des Innern in Kontakt getreten. Dr. Peter Wittwer wurde eine Patenfunktion eingeräumt und ihm zugesichert, dass für allfällige finanzielle Aufwendungen die Kantonalkirche aufkommen wird.

Man ist auf gutem Wege, erwartet aber doch noch einige Hindernisse.

In Bezug auf die Abstimmungskampagne betreffend Kirchensteuer für juristische Personen trifft sich die ökumenische Steuergruppe regelmässig. Sie setzt sich aus Leuten der reformierten, der katholischen und der christkatholischen Kirche, der beiden Stadtverbände und der Kantonalkirche zusammen. Die jüdische Gemeinde ist nicht davon betroffen, da sie keine Einnahmen von juristischen Personen erhält.

Der Termin für die Abstimmung ist noch nicht bekannt. Die Kommission „Staat und Gemeinden“ des Kantonsrates ist momentan daran die Vorlage zu behandeln. Der Termin hängt davon ab, ob ein Gegenvorschlag vorgelegt wird oder nicht. Man weiss, dass aus den Reihen der jungen CVP ein Gegenvorschlag im Sinne einer Mandatssteuer erwogen wird, welcher der Mutterpartei beantragt werden soll. Mit einer solchen wäre es möglich, dass ein Steuerzahler bestimmen könnte, welche Organisation den Anteil erhalten soll. Am 8. Juli 2013 werden Dr. Benno Schnüriger und der Präsident des reformierten Kirchenrates, Michel Müller, die Gelegenheit haben, in der CVP-Fraktion ihre Meinung dazu zu äussern.

Ein Gegenvorschlag von eigener Seite ist nicht vorgesehen, insbesondere da der Regierungsrat keinen gemacht hat. Der einzige sinnvolle Gegenvorschlag zur Abschaffung der Steuern für juristische Personen wäre die negative Zweckbindung, welche bereits eingeführt wurde.

Im Hintergrund hat man ein Komitee in der Form eines Vereins gegründet und Unterlagen erarbeitet.

Eine allfällige Ablehnung dieser Vorlage durch den Kantonsrat – es gibt gute Anzeichen dafür, dass sie keine Mehrheit findet – würde den Abstimmungskampf sehr vereinfachen. Mit der eigentlichen Kampagne kann man erst beginnen, wenn der Kantonsratsentscheid vorliegt und wenn klar ist, ob ein Gegenvorschlag vorgebracht wird. Aus diesem Grund bittet Dr. Benno Schnüriger die Synodalen um etwas Geduld.

Selbstverständlich kann auf Kirchgemeindeebene mit den Vorbereitungen begonnen werden, damit die Podien zum gegebenen Zeitpunkt bereit sind. Wünschenswert wäre, dass auf diesen Podien auch Vertreter der politischen Gemeinde sitzen würden. Damit könnte die Botschaft ausgesandt werden, dass die Kirchensteuern der juristischen Personen auch, und insbesondere, dem Staate zugutekommen. Diese Botschaft muss von Staatsvertretern geäußert werden, Kirchenvertretern würde unterstellt, dass sie im eigenen Interesse sprechen.

Alle sind gefordert, damit diese Abstimmung gewonnen werden kann. Dr. Benno Schnüriger ist überzeugt, dass dies möglich ist, wenn alle am gleichen Strick ziehen.

3. Jahresbericht 2012 der Personalombudsstelle

Der Bericht der Personalombudsstelle wurde mit dem Versand vom 30. Mai 2013 zugestellt und der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 11. Juni 2013 wurde mit dem Versand vom 13. Juni 2013 verschickt.

Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission lautet:

1. Der Jahresbericht der Personalombudsstelle der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich für das Jahr 2012 wird abgenommen.
2. Er geht zur Kenntnisnahme an die Rekurskommission der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich.

3.1. Detailberatung

Haymo Empl, Referent der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass es Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission ist, diesen Geschäftsbericht zu prüfen, zwischen den Zeilen zu lesen, verschwommenes präziser zu hören und nicht Geschriebenes allenfalls aufzugreifen.

Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass die Personalombudsstelle eine hervorragende Arbeit leistet. Haymo Empl ist der Meinung, dass man diese Stelle erfinden müsste, wenn es sie nicht schon gäbe. Auch die Besetzung der Stelle erachtet er als optimal. Zur Arbeit der Personalombudsstelle hat die Geschäftsprüfungskommission keine kritischen Bemerkungen anzubringen.

Haymo Empl möchte jedoch ein Thema aus dem Bericht, den „Führungsstil“, aufgreifen. Seiner Ansicht nach besteht hier das Problem, dass es Pfarrer gibt, welche die Führungsaufgabe nicht wahrnehmen wollen, ev. auch die Befähigung dazu nicht haben. In bestimmten Fällen kann diese auch mit Kursbesuchen nicht erreicht werden. Er versteht

nicht, weshalb ein Pfarrer unter allen Umständen der Vorgesetzte in einer Pfarrei oder in einem Seelsorgeraum sein muss, unabhängig davon, ob er die Fähigkeit dazu hat oder nicht.

Er ist überzeugt, dass der Generalvikar alles unternimmt, um eine Stelle möglichst gut zu besetzen, die Auswahl an möglichen Priestern ist jedoch klein. Wenn man sich das bekannte Ziel des Bischofs, dass die Pfarreien längerfristig von Geistlichen geleitet werden, vor Augen hält, wird wohl der Ombudsstelle nichts anderes übrig bleiben als „zu schmieren und zu salben“ wenn es schwierig wird.

Als persönliches Anliegen, welches jedoch von der Geschäftsprüfungskommission auch getragen wird, möchte Haymo Empl folgendes anbringen: Der Kanton Glarus gehört auch zum gleichen Generalvikariat, hat jedoch keine Ombudsstelle; er wäre auch nicht in der Lage eine solche aufzubauen und zu finanzieren. Haymo Empl fragt sich, ob es nicht möglich wäre, dass eventuelle Fälle von dieser Ombudsstelle betreut werden könnten. Eine Nachfrage bei den beiden Ombudspersonen hat gezeigt, dass diese nicht abgeneigt wären, sie jedoch dafür kein Mandat besitzen. Haymo Empl bittet darum, den Vorschlag zu prüfen.

Karl Conte, Synodalrat, zeigt Verständnis für das Anliegen, denkt aber, dass ein entsprechender Antrag von der Kirche im Kanton Glarus gestellt werden müsste. Es wäre der falsche Weg, von sich aus die Dienste zur Verfügung zu stellen. Er denkt, dass der Synodalratspräsident über die entsprechenden Kontakte verfügt und das einmal einbringen könnte.

Karl Conte berichtet jeweils mit zwiespältigen Gefühlen über die Personalombudsstelle. Einerseits ist er stolz, dass es diese Stelle gibt und über deren gute und professionelle Arbeit, andererseits konfrontiert der Jahresbericht immer mit erstaunlich vielen Konflikten, die ohne die Hilfe dieser Stelle nicht gelöst werden könnten.

Im Jahr 2012 ist die Zahl der Fälle von 73 auf 80 angestiegen. Wie auch Haymo Empl, ist ihm bei den Problemschwerpunkten aufgefallen, dass in 20 Prozent der Kirchgemeinden Probleme mit dem Führungsstil und den Führungskompetenzen bestehen. Selbstverständlich muss man sich fragen, ob es immer nur um den Führungsstil des Pfarrers geht und nicht zum Beispiel auch um das Führungsverhalten des Kirchenpflegepräsidenten. Dies müssten die Ombudsleute etwas näher erläutern.

Karl Conte schmerzt zudem zu lesen, dass es auch 2012 in den Pfarreien fünf Fälle von Mobbing gegeben hat. Dies sind bekannter Weise meistens sehr schwierige Situationen. Als positiv wertet Karl Conte die Aussage, dass die Dienste frühzeitig in Anspruch genommen werden. Damit steigen die Chancen, dass Konflikte angegangen werden können und eventuell sogar gelöst werden, bevor grosse persönliche Verletzungen entstehen. Das war schon lange ein Anliegen.

Die Problematik mit dem Interessenskonflikt ist ihm besonders ins Auge gesprungen.

Es wird ein Beispiel erwähnt, bei dem der Ehepartner eines Mitglieds der Kirchenpflege in der Kirchgemeinde angestellt ist. Auch wenn dies oft der Fall ist, und vieles im kirchlichen Gemeindeleben darauf basiert, dass verschiedene Mitglieder einer Familie Aufgaben übernehmen, muss dies genau beobachtet werden. Vor allem Anstellung und Behörden-tätigkeit von Mitgliedern der gleichen Familie führten offensichtlich in verschiedenen Fällen zu Konflikten. Deshalb wäre es vielleicht ratsam, die berufliche Mitarbeit in der Kirche in einer anderen Pfarrei zu leisten und nicht in der eigenen. Diese Problematik sollte bei einem Treffen mit den Kirchgemeindepäsidenten thematisiert werden.

Der Synodalrat ist sehr froh über das Wirken der Ombudsstelle. Karl Conte freut sich auch darüber, dass die Geschäftsprüfungskommission diese Arbeit als hervorragend würdigt. Man ist sich bewusst, dass es nicht einfach ist, sich ständig solchen Spannungssituationen auszusetzen und mit der grösstmöglichen Allparteilichkeit vorzugehen.

Karl Conte dankt Barbara Umbricht und Dr. Helmut Steindl ganz herzlich für den grossen Einsatz und für die Bereitschaft, mit allen Beteiligten nach guten und vertretbaren Lösungen zu suchen.

Urs Müller, Illnau Effretikon, möchte eine Auskunft zum Punkt, bei dem umschrieben wird, dass bestimmte Gruppen irgendwie benachteiligt seien, weil die Ombudsstelle in ihrer Tätigkeit nicht alle Mittel ausschöpfen kann. Ihn interessiert, um welche Gruppen es sich hier handelt und worauf die Ombudsleute hier gestossen sind.

Dr. Helmut Steindl, Ombudsmann, erklärt ihre Beobachtung, dass nicht in allen Bereichen alle Mittel ausgeschöpft werden können. Das betrifft eher Angestellte im Hintergrund, wie Hauswart oder Leute im Sakristanendienst. Hier wurde in einer gewissen Weise eine grössere Abhängigkeit festgestellt. Eine Person in einer leitenden Funktion kann sich auch leichter zur Wehr setzen, weil sie einen direkten Zugang zur Kirchenpflege hat. Wenn nun ein Problem von den Betroffenen mit einem sehr schwierigen Gemeindeleiter besteht, haben sie oft Angst, dass sie in Verruf geraten könnten, wenn die Ombudspersonen mit diesen sprechen möchten. Wenn dann noch hinzukommt, dass ein Gemeindeleiter mit den Personalverantwortlichen ein gutes Verhältnis hat, verstärkt sich diese Problematik noch. Meistens betrifft dies eher einfachere Tätigkeiten und auch den Teilzeitbereich.

Präsenzabfrage 09.02 Uhr: 91 Synodalen anwesend.

3.2. Schlussabstimmung

Die Synode beschliesst einstimmig mit 90 Ja:

1. Der Jahresbericht der Personalombudsstelle der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich für das Jahr 2012 wird abgenommen.
2. Er geht zur Kenntnisnahme an die Rekurskommission der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich.

4. Jahresbericht 2012 der Rekurskommission

Der Bericht der Rekurskommission wurde mit dem Versand vom 30. Mai 2013 zugestellt und der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 10. Juni 2013 wurde mit dem Versand vom 13. Juni 2013 verschickt.

Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission lautet:

Der Jahresbericht der Rekurskommission der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich für das Jahr 2012 wird abgenommen.

4.1. Detailberatung

Rosmarie Tschudi, Referentin der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass die anwesenden Mitglieder der Rekurskommission bei der Befragung kompetent Auskunft gegeben haben.

Bis Ende 2012 wurden erstmals alle Kirchgemeinden visitiert. Bei den Visitationen beschränkt sich die Rekurskommission nicht nur auf die Rechnungsführung und Archivhaltung, es werden auch Gespräche mit der zuständigen Rechnungsprüfungskommission

(RPK) geführt. Auch die Organisation, Führung und Zusammenarbeit der Kirchgemeinde und der Pfarrei sind ein Thema, zudem werden die Anstellungsverfügungen angeschaut. Die Mitglieder der Rekurskommission haben einen Einblick in ihre Arbeit gegeben und gezeigt, welchen Problemen sie dabei begegnen. Aufgrund der Erfahrungen mit Gutsverwaltern und den Mitgliedern der RPK wurden Schulungen durchgeführt, welche sehr gut besucht waren.

Auskunft bekam die Geschäftsprüfungskommission auch zu den einzelnen Rekursen. Dem im letzten Jahr geäusserten Wunsch der Geschäftsprüfungskommission, im Jahresbericht anonymisierte Fälle aufzuführen, wurde leider nicht entsprochen, es wurde aber versprochen, dies im nächsten Jahr zu tun.

Die Geschäftsprüfungskommission hat festgestellt, dass die Rekurskommission im letzten Jahr wiederum eine grosse und sorgfältige Arbeit geleistet hat. Die Geschäftsprüfungskommission dankt an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit und das Engagement.

Urs Broder, Präsident der Rekurskommission, möchte zum Jahresbericht 2012 der Rekurskommission einige Bemerkungen anbringen. Dass er das Wort ergreifen darf, entspricht den Gepflogenheiten im Kantonsrat bei der Behandlung der Jahresberichte der Gerichte.

Am 1. Juli 2011 hat die Rekurskommission von den Bezirksräten des Kantons Zürich die Aufsicht über die Römisch-katholischen Kirchgemeinden und die Zweckverbände übernommen. Von Ende August 2011 bis Mitte Dezember 2012 wurden erstmals sämtliche Kirchgemeinden im Kanton und auch der Stadtverband Zürich besucht und man hat mit je einer Vertretung der örtlichen Rechnungsprüfungskommission und Kirchenpflege Gespräche geführt. Die Rekurskommission hat dabei zur Kenntnis genommen, dass in den weitaus meisten Kirchgemeinden sehr engagierte und vor allem auch sehr qualifizierte Behördenmitglieder tätig sind. Sie musste aber auch feststellen, dass in mehreren Gemeinden die Behörden, entgegen der örtlichen Kirchgemeindeordnung, nicht vollständig besetzt sind und das teilweise bereits seit mehreren Jahren; offenbar wird es immer schwieriger qualifizierte Leute für eine Behördentätigkeit in der Kirche zu finden. Urs Broder stellt sich vor, dass man sich im Zusammenhang mit den Seelsorgeräumen, welche am Entstehen sind, auch die Möglichkeit bedenken sollte, Kirchgemeinden zusammenzulegen.

Das Augenmerk galt in der ersten Visitationsrunde neben der Behördenorganisation auch der Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Gemeindeleitungen und vor allem auch dem Verhältnis zwischen Kirchenpflege, Gemeindeleitung und Personal. In den meisten Kirchgemeinden und Pfarreien besteht ein sehr gutes Verhältnis zwischen der Gemeindeleitung, also zwischen dem Pfarrer oder Gemeindeleiter, und der Kirchenpflege. Sehr erfreulich ist auch die Tatsache, dass in den meisten Gemeinden sehr viele Freiwillige tätig sind.

Allerdings gibt es auch Spannungen und gar Verletzungen. Die Ombudsstelle hat zu Recht darauf hingewiesen, dass da auch Führungsprobleme bestehen. Praktisch jede Kirchgemeinde hat in den letzten Jahren Erfahrung mit der Ombudsstelle gemacht, was darauf hinweist, wie wichtig diese Stelle ist. Sie hat auch insofern gute Arbeit geleistet, indem die Rekurskommission in den letzten 3 ½ Jahren keinen einzigen Personalrekurs zu behandeln hatte.

In der ersten Visitationsrunde wurden die Kirchenpflegen auch nach ihrem Verhältnis zu den Synodalen ihrer Kirchgemeinde befragt und man hat sie eingeladen, die Arbeit der Synodenmitglieder in geeigneter Weise Wert zu schätzen, sie zum Beispiel an die Sitzungen der Kirchenpflegen einzuladen und ihnen Gelegenheit zu geben, an der Kirchge-

meindeversammlung Bericht zu erstatten. Urs Broder hofft, dass diese Empfehlungen bereits erste Früchte getragen haben.

Im Rahmen der Besuche zur Amtsübernahme bei den zwölf Bezirksräten des Kantons Zürich in der ersten Jahreshälfte 2011 hat die Rekurskommission erfahren, dass in den Bezirksratskanzleien die Haushaltskontrollen der Gemeinden durchwegs von speziell ausgebildeten Mitarbeitern vorbereitet werden. Die Mitarbeiter, resp. Adjunkten, verfassen in der Regel zuhanden der Mitglieder des betreffenden Bezirkrates im Hinblick auf die Schlussfassung einen entsprechenden Antrag und Bericht.

In den Kirchgemeinden und im Stadtverband Zürich werden bekanntlich erhebliche Summen von Steuergeldern eingenommen, verwaltet und ausgegeben. Die Rekurskommission hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, und erachtet das als Pflicht, im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit, der Überwachung der Haushaltsführung in den Kirchgemeinden und Zweckverbänden eine besondere Beachtung zu schenken. Mit Ueli Fritz, Rechnungsführer des Bezirkrates Winterthur, konnte ein ausgewiesener Fachmann aus dem Bereich Gemeindefinanzen und Revision für diese Aufgabe gewonnen werden. Sein Pflichtenheft ist im Jahresbericht umschrieben.

Sein Engagement hat sich bereits bei der Prüfung der Jahresrechnungen 2011 bewährt. Die Rekurskommission beabsichtigt dafür zu sorgen, dass die Jahresrechnungen der Kirchgemeinden mittelfristig auf einen möglichst einheitlichen Standard gebracht werden.

Die Geschäftsprüfungskommission bemängelt in ihrem Bericht an die Synode das Fehlen der anonymisierten Vorstellung einiger Rekursfälle im Jahresbericht der Rekurskommission. Dieser Wunsch wird in Zukunft nach Möglichkeit erfüllt, sofern auch entsprechende Rekursgeschäfte vorliegen. Urs Broder weist darauf hin, dass die Entscheide der Rekurskommission in anonymisierter Form auf ihrer Homepage publiziert sind.

Urs Broder dankt der Geschäftsprüfungskommission der Synode für das sehr angenehme und vertrauensvolle Gespräch und den wohlwollenden Bericht und Antrag an das Plenum. Ein weiterer Dank gilt seinen Kolleginnen und Kollegen und den Mitarbeitern im juristischen Sekretariat der Rekurskommission. Insbesondere dankt er Ruth Jäger-Eugster für ihre Tätigkeit als ordentliches Mitglied der Rekurskommission seit Anfang 2010. Sie verzichtet auf eine erneute Kandidatur für die kommende Amtsdauer und wird somit auf Ende des laufenden Jahres in den kirchlichen Ruhestand treten. In den nächsten Monaten wird Ruth Jäger aber noch in vollem Einsatz stehen und die Rekurskommission wird ihre Tätigkeit zu gegebener Zeit in angemessener Weise würdigen.

Präsenzkontrolle 09:16 Uhr: Es sind 92 Synodalen anwesend.

4.2. Schlussabstimmung

Die Synode beschliesst einstimmig mit 91 Ja:

Der Jahresbericht der Rekurskommission der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich für das Jahr 2012 wird abgenommen.

5. Wahl der Mitglieder, des Präsidiums und der Ersatzmitglieder der Rekurskommission

André Füglistner, Präsident der Synode, verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen für diese Wahl und das zugestellte Dokument der Interfraktionellen Konferenz mit der nichtbindenden Empfehlung der Fraktionen zur Wiederwahl der bisherigen Mitglieder der Rekurskommission sowie einer Liste der sich bewerbenden Kandidaten für den vakanten Sitz unter den Ersatzmitgliedern. Die mit der Einladung zum Vorstellungsstamm zugestellten Curricula Vitae der bislang bekannten Kandidaten bittet André Füglistner nach dem Wahltag sorgfältig zu vernichten. Sie können auch zur Vernichtung am Protokolltisch abgegeben werden.

Da für ein Richteramt ein einwandfreier Leumund vorausgesetzt wird, hat die Geschäftsleitung die entsprechenden Dokumente bei den Kandidierenden eingefordert. André Füglistner hat diese gesichtet und bestätigt, dass bei keinem der gemeldeten Kandidaten oder der Kandidatin ein diesbezügliches Wahlhindernis besteht.

André Füglistner erklärt das Wahlvorgehen. Die Wahl der fünf ordentlichen Mitglieder und die Wahl der drei Ersatzmitglieder werden in zwei Etappen durchgeführt, die Stimmenzähler werden jedoch die Wahlzettel nach Anweisung des Aktuars gemeinsam auszählen.

Marcel Barth, Präsident der Interfraktionellen Konferenz, erklärt, dass sich die Interfraktionelle Konferenz aus je zwei Mitgliedern der vier Fraktionen zusammensetzt, sowie dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Synode. In vier Sitzungen hat sie den Wahlvorschlag besprochen.

Die Vakanz, die durch einen Rücktritt entsteht, hat die Geschäftsleitung im *forum* ausgeschrieben, worauf vier Bewerbungen eingegangen sind.

In der Diskussion ist die Interfraktionelle Konferenz übereingekommen, dass die Rekurskommission gute Arbeit leistet und auch als Team gut zusammen arbeitet. Daher war man einstimmig der Meinung, dass alle bisherigen Mitglieder zur Wiederwahl vorgeschlagen werden sollen.

Durch den Rücktritt von Ruth Jäger hat sich eine Vakanz bei den ordentlichen Mitgliedern ergeben. Für diesen Sitz hat sich Beryl Niedermann als bisheriges Ersatzmitglied beworben. Auch dieser Vorschlag wurde von der Interfraktionellen Konferenz gutgeheissen. Folglich besteht eine Vakanz bei den Ersatzmitgliedern. Die Interfraktionelle Konferenz schlägt auch bei den Ersatzmitgliedern die Bisherigen zur Wahl vor. Schwieriger wurde es beim Vorschlag zur Wahl des dritten Mitglieds, vor allem, weil vier sehr gute Bewerbungen vorliegen. – Marcel Barth dankt diesen Bewerbern, die sich für die Wahl zur Verfügung stellen. – Die Interfraktionelle Konferenz hat beschlossen, diesbezüglich der Synode keinen Vorschlag zu unterbreiten.

Für das Präsidium schlägt die Interfraktionelle Konferenz Urs Broder zur Wiederwahl vor. Die Durchführung der Wahl liegt in der Obhut der Geschäftsleitung.

Wahl der Ordentlichen Mitglieder

Katholische Kirche im Kanton Zürich

Synode
Hirschengraben 70
8001 Zürich
www.zh.kath.ch/synode

Telefon 044 266 12 20
Fax 044 266 12 21
synode@zh.kath.ch

8. Amtsdauer

Substanzielles Protokoll
der 8. Sitzung der Synode
vom 27. Juni 2013

André Füglistner, Präsident der Synode, erklärt das Wahlvorgehen und fragt, ob der Vorschlag für die Wahl der ordentlichen Mitglieder vermehrt wird und ob das Wort zu dieser Wahl gewünscht wird.

Dies ist nicht der Fall.

Die Zettel für die Wahl der ordentlichen Mitglieder der Rekurskommission werden verteilt und wieder eingesammelt.

Wahl der Ersatzmitglieder

Toni W. Püntener, Präsident der Fraktion Zürich, bedankt sich an dieser Stelle auch im Namen der Fraktion bei der Rekurskommission für die geleistete Arbeit, insbesondere bei Ruth Jäger für ihren Einsatz in der Aufbauphase der Rekurskommission.

Nach dem Rücktritt von Ruth Jäger hat die Interfraktionelle Konferenz der Synode entschieden, dass dieser freie Sitz auf Vorschlag der Fraktion Zürich zu besetzen sei. Die Fraktion Zürich hat sodann zusätzlich zum Synodenstamm die Kandidierenden in einer Fraktionssitzung angehört. Sie hat festgestellt, dass vier fähige Kandidaten zur Auswahl stehen und kam zum Schluss, dass Dr. Enrico Magro die am besten geeignete Person aus diesem Kreis ist.

Toni W. Püntener bittet die Synodalen, das Vorschlagsrecht der Fraktion Zürich zu respektieren und den von ihr vorgeschlagenen Dr. Enrico Magro als neues Ersatzmitglied der Rekurskommission zu wählen.

Die bisherigen Ersatzmitglieder der Rekurskommission werden von der Interfraktionellen Konferenz zur Wiederwahl vorgeschlagen, dieser Empfehlung schliesst sich auch die Fraktion Zürich an.

Als persönliche Meinung möchte Toni W. Püntener anbringen, dass er die aktuelle Vorgehensweise der Synode zur Besetzung dieser Mandate als ungeeignet erachtet. Aus seiner Sicht besteht hier erheblicher Verbesserungsbedarf.

Toni W. Püntener dankt im Voraus für die Berücksichtigung der Wahlempfehlung.

Haymo Empl, Winterthur, möchte von Toni W. Püntener wissen, weshalb er das Vorgehen als nicht zweckmässig erachtet. Die Synode hat die Aufgabe, eine geeignete Person zu wählen.

Toni W. Püntener, Präsident der Fraktion Zürich, hat sich in letzter Zeit sehr mit diesen Fragen beschäftigt und hat auch beruflich regelmässig mit Stellenbesetzungen zu tun. Er erachtet das Vorgehen mit der Würde der Kandidierenden als nicht vereinbar. Obwohl alle ein persönliches Profil der Kandidierenden erhalten haben und diese sich in der Sitzung der Fraktion Zürich und am Synodenstamm vorgestellt haben, ist es kaum möglich, auf deren Qualitäten wirklich einzugehen. Er denkt, mit einem anderen Verfahren – wie das auszusehen hat, kann er momentan noch nicht sagen – sollte dies berücksichtigt werden können.

André Füglistner, Präsident der Synode, schlägt vor, dies vor den nächsten Wahlgeschäften in der Interfraktionellen Konferenz intensiv zu diskutieren.

Die Zettel für die Wahl der Ersatzmitglieder der Rekurskommission werden zum Ausfüllen verteilt und wieder eingesammelt.

André Füglistner, Präsident der Synode, fragt an, ob die Synode damit einverstanden ist, dass die Stimmen ausserhalb des Ratssaals, im Regierungsratszimmer, ausgezählt werden.

Die Synode stimmt stillschweigend zu.

Pause von 09.45 bis 10.30 Uhr

Resultat der Wahl für die ordentlichen Mitglieder der Rekurskommission:

1. Wahlgang ordentliche Mitglieder und Präsidium:

Eingegangene Wahlzettel	92
Gültige Wahlzettel	92
Absolutes Mehr ordentliches Mitglied	<u>46</u>
Stimmen haben erhalten und gewählt worden sind:	
Dr. Willi Lüchinger	91
Beryl Niedermann	91
Orlando Rabaglio	90
Urs Broder	89
Dr. Gerold Betschart	88

Weitere Stimmen haben erhalten:

Vereinzelte	3
-------------	---

Absolutes Mehr für das Präsidium	<u>46</u>
----------------------------------	-----------

Stimmen haben erhalten:

Urs Broder	80
Willi Lüchinger	9
Vereinzelte	2

Gewählt ist:

Urs Broder

Resultat der Wahl für die Ersatzmitglieder der Rekurskommission:

1. Wahlgang Ersatzmitglieder:

Eingegangene Wahlzettel	92
Gültige Wahlzettel	92
Absolutes Mehr	<u>44</u>
Stimmen haben erhalten:	
Rolf Anliker	76
Thomas Suter	74
Dr. Martin Sarbach	47
Dr. Enrico Magro	42
Matthias Gartenmann	10
Andreas Juillerat	8
Vereinzelte	2

Gewählt sind:

Rolf Anliker

Thomas Suter

Dr. Martin Sarbach

André Füglistler, Präsident der Synode, fragt die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen.

Die anwesenden, neu gewählten Mitglieder, nehmen die Wahl an und legen das Amtsgelübde ab.

Orlando Rabaglio musste sich für die Sitzung entschuldigen, er hat dem Präsidenten gegenüber für den Fall seiner Wahl die Annahme erklärt. André Füglistler wird ihn informieren.

Gemäss §5 der Geschäftsordnung der Synode kann das Amtsgelübde durch eine schriftliche Erklärung abgegeben werden.

(Nachtrag der Protokollandin: Das von Orlando Rabaglio unterschriebene Amtsgelübde ist am 4. Juli 2013 eingegangen.)

6. Jahresbericht 2012 des Synodalrates

Der Jahresbericht wurde den Synodalen im Mai zugestellt, der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 10. Juni 2013 wurde am 13. Juni 2013 verschickt.

Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission lautet:

1. Der Jahresbericht des Synodalrates der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich für das Jahr 2012 wird abgenommen.
2. Mitteilung an den Synodalrat zur Weiterleitung an den Regierungsrat des Kantons Zürich zuhanden des Kantonsrates.

Die Behandlung des Jahresberichtes ist zwingend, es gibt keine Eintretensdebatte.

6.1. Detailberatung

Allgemeines

Hanspeter Kündig, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, erachtet den Jahresbericht 2012 der Katholischen Kirche im Kanton Zürich als ein hervorragendes Informationsmittel und einen ausgezeichneten Leistungsausweis der Katholischen Kirche.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Jahresbericht genau studiert, was nicht sehr einfach war, weil die Zuordnung der Texte zu den einzelnen Ressorts nach wie vor unbefriedigend ist. Im Jahresbericht ist die Arbeit der einzelnen Synodalräte kaum erkennbar und er wird ihnen nicht gerecht. Es ist zu überlegen, wie in Zukunft die Autoren bzw. die Ressortleiterinnen und Ressortleiter den einzelnen Texten besser zugeordnet werden können, unter dem Motto: Köpfe zu den Texten.

In den Einzelgesprächen stellte die Geschäftsprüfungskommission fest, dass die Synodalräte über ausgezeichnete Dossierkenntnisse verfügen. Alle Ressortleiter bestätigen die professionelle Arbeit, das grosse Engagement und die unbürokratische Hilfsbereitschaft der Verwaltung.

Die Reorganisation der Verwaltung ist zur Zeit in Arbeit und eine Kommission der Synode wird die Parlamentarische Initiative „7 statt 9 Synodalräte“ bearbeiten. Die Geschäftsprüfungskommission wünscht sich, dass bei der Überprüfung der Strukturen und der Zuordnung von Aufgaben vor allem auch nach Doppelspurigkeiten gesucht wird.

Der Jahresbericht 2012 zeigt sehr gut auf, welche Leistungen die Katholische Kirche im Kanton Zürich erbringt. Diese Leistungen zugunsten der Gesellschaft gilt es dann dem Stimmvolk im Abstimmungskampf „Keine Kirchensteuer für juristische Personen“ zu erklären. Es ist zu hoffen, dass sich der Bischof und seine Mitarbeiter zu dieser politischen Frage nicht mehr äussern. Ohne diese Steuergelder könnten viele Leistungen nicht mehr erbracht werden.

Fazit der Überprüfung durch die Geschäftsprüfungskommission: Es wird durchwegs engagiert und mit wenigen Ausnahmen im Sinne der Synode gearbeitet.

Der Synodalrat als Gesamtbehörde hat seine Aufgaben auf neun verschiedene Ressorts aufgeteilt. Es muss jedoch jedem Mitglied immer wieder bewusst sein, dass der Synodalrat eine Kollegialbehörde ist und gemeinsam die Verantwortung für alle Ressorts trägt.

Die Geschäftsprüfungskommission dankt dem Synodalrat und der ganzen Verwaltung für die ausgezeichnete Arbeit und für die offenen Gespräche. In diesen Dank möchte sie die hervorragende Arbeit des Sekretariates der Synode sowie des Generalvikariates einschliessen.

Präsidialressort – Dr. Benno Schnüriger

Das Jubiläum 50 Jahre Körperschaft wird als Kick-off für eine integrierte und crossmediale Kommunikation genutzt. Dabei spielen die elektronischen Medien wie facebook und twitter eine wichtige Rolle. Um diese Medien zeitgerecht und aktuell zu bedienen,

braucht es Ressourcen, die vorübergehend aus anderen nahestehenden Bereichen abgezogen bzw. zugekauft werden. Die Geschäftsprüfungskommission erachtet es als sinnvoll, dass eine Evaluierung des Kommunikationskonzepts bis Ende 2014 stattfindet.

Das Verhältnis zum Bischof ist nach wie vor schwierig. Die Geschäftsprüfungskommission begrüsst die Art und Weise, wie sich der Präsident des Synodales in den Medien äussert und den Willen, „den Ball flach zu halten“ d.h. den Konflikt nur soweit wie nötig in den Medien auszutragen und immer wieder Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Für die Geschäftsprüfungskommission ist es sehr wichtig, dass den aufgeschlossenen Priestern und Pfarreibeauftragten im Kanton Zürich Verständnis und Unterstützung signalisiert wird.

Mit welchen Sanktionen seitens des Bischofs die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Pfarrei-Initiative rechnen müssen, ist zurzeit noch unklar. Der Generalvikar und der Synodalarat empfehlen allen Mitarbeitenden, welche die Initiative unterschrieben haben, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Stelle nicht zu wechseln. Eine neue Missio, die Voraussetzung für eine Anstellung, würde möglicherweise verwehrt.

Es ist erfreulich festzustellen, dass die ökumenische Zusammenarbeit in vielen Bereichen auf hohem Niveau gepflegt und gelebt wird. Die Katholische Kirche wird nicht mehr nur als Bittstellerin wahrgenommen, sondern kann als selbstbewusste und gleichberechtigte Partnerin auftreten. Es ist jedoch darauf zu achten, dass bei gemeinsamen Projekten weiterhin eine ausgewogene Lastenverteilung gewährleistet ist.

Positiv ist die Tatsache, dass sich die Zahl der Studierenden an der Theologischen Hochschule Chur im Studienjahr 2012/2013 von 45 auf 55 erhöht hat.

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodales, hat die leise Kritik am Jahresbericht soeben und auch schon an der Fraktionssitzung wahrgenommen. Er erklärt, dass der Geschäftsbericht nach den kirchlichen Vollzügen neu aufgegleist wurde mit der Folge, dass die einzelnen Artikel nicht mehr klar den Synodalarätinnen und Synodalaräten zugeordnet werden können. Er versteht die Schwierigkeit der Geschäftsprüfungskommission, die anhand des Berichts die einzelnen Ressorts „kontrollieren“ sollte. In der vorliegenden Form eignet sich der Jahresbericht hervorragend als PR-Instrument, jedoch nur in zweiter Linie für die Kontrolle der Arbeit. Dr. Benno Schnüriger versichert, dass das Konzept noch einmal angeschaut wird. Es darf jedoch nicht sein, dass zwei Berichte geschrieben werden müssen.

Dass im Jahresbericht der Synodalarat als Kollegialbehörde etwas wenig wahrgenommen wird, liegt nach Ansicht von Dr. Benno Schnüriger daran, dass über die Einzelgeschäfte Rechenschaft abgelegt wird und nicht über die einzelnen Ressortinhalte. Er versichert jedoch, dass sich der Synodalarat als Kollegialbehörde versteht. In den Klausurtagungen, welche zwei Mal jährlich stattfinden, werden nur übergeordnete Geschäfte diskutiert und keine Beschlüsse gefasst. Beschlüsse werden angedacht und der ressortverantwortlichen Person Ideen und Guidelines mitgegeben. Das einzelne Geschäft wird dann von dieser vertreten. Dieses Vorgehen hat sich bewährt.

Der Generalvikar ist immer an den Sitzungen und Klausurtagungen des Synodales dabei. Um der Marke „Katholische Kirche im Kanton Zürich“ gerecht zu werden, ist es wichtig, alles mit dem Generalvikariat abzugleichen. Dies kann nur auf strategischer Ebene passieren und nicht in den Einzelgeschäften. Mit der Organisationsanalyse soll dies noch verstärkter in den Fokus gebracht werden.

Dr. Benno Schnüriger dankt der Geschäftsprüfungskommission auch im Namen seiner Kolleginnen und Kollegen für die guten Gespräche und die seriöse Würdigung des Geschäftsberichtes. Er verspricht Bemühungen, damit die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission anhand des nächsten oder übernächsten Jahresberichts einfacher wird.

Ressort Katechese und Jugendseelsorge – Ruth Thalmann

Katholische Kirche im Kanton Zürich

Synode
Hirschengraben 70
8001 Zürich
www.zh.kath.ch/synode

Telefon 044 266 12 20
Fax 044 266 12 21
synode@zh.kath.ch

8. Amtsdauer

Substanzielles Protokoll
der 8. Sitzung der Synode
vom 27. Juni 2013

Maria Gnädinger, Referentin der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass Ruth Thalmann sehr kompetent auf die Fragen der Geschäftsprüfungskommission geantwortet und auch nachgeforderte Informationen prompt geliefert hat.

Ein neues grafisches Erscheinungsbild der Jugendseelsorge zeigt deren sehr vielfältiges Angebot. Man kann stolz sein über die Hilfsbereitschaft der katholischen Kirche den Jugendlichen gegenüber. Die Geschäftsprüfungskommission denkt aber, dass die Zürcherinnen und Zürcher mehr darüber wissen müssten. Gerade zum heutigen Zeitpunkt wäre es sicher von Vorteil, die Öffentlichkeit wüsste vom grossen kirchlichen Einsatz für die Jugend – sei es in der Direkthilfe, oder sei es in der Prävention oder im Kulturbereich.

Dennoch wird die Geschäftsprüfungskommission den Verdacht von Doppelspurigkeiten zwischen der Jugendseelsorge, der Caritas und dem Staat einfach nicht los. Dies obwohl Ruth Thalmann versichert hat, dass im Jahr 2009 die verschiedenen Angebote gemeinsam durch die Stellenleitenden in dieser Sache durchleuchtet worden sind und keine Doppelspurigkeiten festgestellt wurden. Seither hat sich vieles verändert, Neues wurde wichtiger und Altes überflüssig. Die Geschäftsprüfungskommission ist absolut der Meinung, und hält daran fest, dass es sich lohnen würde, ähnliche Angebote zu vergleichen und die Inanspruchnahme und den Erfolg zu messen.

Es geht nicht darum, der Jugend weniger Geld zur Verfügung zu stellen – diese Aufgabe ist brisant und sicher nicht einfach. Es geht darum, mit den gleichen Mitteln mehr zu erreichen.

In der Jugendkirche im „jenseits IM VIADUKT“ ist der Alltag eingekehrt. Nach wie vor werden dort jedoch mehr kulturelle als spirituelle Angebote genutzt. Mit der 10%-Anstellung des Priesters Karsten Riedl und den Gottesdiensten, die Weihbischof Marian Eleganti anbietet, werden jetzt verschiedene Formen von spirituellen Angeboten möglich. Die Geschäftsprüfungskommission ist voller Zuversicht, dass die Tätigkeiten im „jenseits“ sich gut entwickeln.

Die Geschäftsprüfungskommission wünscht Ruth Thalmann und allen Mitarbeitenden in der Jugendseelsorge viel Freude und Erfolg bei ihrem grossen Einsatz und in ihrer sehr anspruchsvollen Arbeit.

Ruth Thalmann, Synodalrätin, dankt herzlich für das einmal mehr kritische Gespräch, das sie sehr geschätzt hat.

Das Thema der möglichen Doppelspurigkeiten unter den verschiedenen Dienststellen wurde auch im Synodalrat besprochen. Ruth Thalmann versichert, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Doppelspurigkeiten vorhanden sind und dies auch absolut nicht im Sinn des Synodalrates wäre und auch nicht in ihrem Sinn als Ressortverantwortliche. Würde man solche feststellen, müssten sie beseitigt werden.

Mit der neuen Stellenleitung in der Jugendseelsorge wird eine vermehrte stellenübergreifende Zusammenarbeit angestrebt. Vor allem in der Jugendarbeit sollte dies zum Tragen kommen und würde auch allfällige Doppelspurigkeiten von vorn herein ausschalten.

Ressort Migrantenseelsorge – Franziska Driessen-Reding

Josef Lehmann, Referent der Geschäftsprüfungskommission, konstatiert, dass die Ressortverantwortliche sich nun definitiv in dieses schwierige Ressort eingearbeitet hat, auch wenn sie sagt, dass ihr in einigen Bereichen mangelnde Sachkenntnis und Erfahrung immer wieder zu schaffen gemacht haben. Sie bekam gute Unterstützung. Nun ist sie dankbar, dass zu ihrer Entlastung nach der dritten Ausschreibung doch noch ein Bereichsleiter für die Migrantenseelsorge gefunden werden konnte. Dieser hat seine Arbeit am 21. Mai 2013 aufgenommen.

Die Kantonalisierung der MCLI hatte vor allem ein grosses Ziel vor Augen, Missionen und Pfarreien zu verpflichten, pastorale Aufgaben gemeinsam anzugehen und die Zusammenarbeit der Missionare mit den Ortspfarreien zu verbessern. Zwar konnte dieses Ziel innert Jahresfrist noch nicht erreicht werden und es bleibt noch vieles zu tun, aber es wurden Fortschritte erzielt. Neben sehr guten Beispielen gibt es immer noch auch weniger gute. Es ist immer eine Frage des Zusammengehens zwischen den Verantwortlichen von Mission und Pfarrei.

Man darf sich keinen Illusionen hingeben - im kirchlich-religiösen Leben wirken die gleichen menschlichen Kräfte und Mechanismen wie in profanen Bereichen. Probleme gibt es dort, wo "starke Persönlichkeiten" beteiligt sind. An gewissen Orten fühlen sich die Missionare lediglich als Gehilfen betrachtet. Bei einigen Missionen bestehen gewisse Ängste, ihre Missionare könnten durch einheimische Geistliche ersetzt werden.

Josef Lehmann ist überzeugt, dass mit relativ einfachen Mitteln vermehrt Verbesserungen erreicht werden könnten. Deshalb möchte er folgende Passage aus dem Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommission, Ressort Migrantenseelsorge wiederholen: "Gegenseitige Einladungen zu Sitzungen, Kirchgemeindeversammlungen, Ausflügen und verschiedensten Aktivitäten werden zu wenig wahrgenommen. Dies gilt sowohl für Seelsorgeräte, Pfarreiräte, Kirchenpflegen und für die Geistlichkeit." Dies gilt seiner Ansicht nach auch für Personen, welche keine der vorgenannten Funktionen innehaben. Deshalb appelliert er auch an die Synodalen, vermehrt auf die Anderssprachigen zuzugehen. Sie sind immer noch fremd hier während dem man selber den Heimvorteil genießt. Es darf nicht sein, dass der Missionar bei Einladungen und Anlässen in einer Pfarrei einfach vergessen wird.

Im sprachlichen Bereich bestehen nach wie vor grosse Probleme mit grossen Auswirkungen für die Zusammenarbeit in den Kirchgemeinden. Teilweise fehlt es noch am Willen der Missionare, die deutsche Sprache zu lernen. Selbst vom Synodalarat offerierte besondere, individuelle Möglichkeiten zur sprachlichen Weiterbildung wurden in Einzelfällen nicht genutzt. Die Möglichkeiten für Sprachschulung bestehen selbstverständlich weiterhin, vor allem für neue Migrantenseelsorger.

Der Stellenwert der Minoritäten-Missionen in der gesamten Schweiz soll verbessert werden. Gemäss Voranschlag 2013 der Zentralkasse wurden die Minoritäten-Missionen im Jahre 2012 mit CHF 601'900 unterstützt. Beim bisherigen unbefriedigenden Finanzierungssystem mussten die Kantonalkirchen einen jährlichen Beitrag von CHF 30'000 entrichten (ungeachtet der Mitgliederzahl einer Minoritäten-Mission). Die Begründung dafür war, dass die Missionare die lokale "einheimische" Seelsorge ergänzen und entlasten sollten. Für Verwaltungskosten erhielten die Sitzkantone der Minoritäten-Missionen eine jährliche Entschädigung. Dieses Finanzierungssystem wird ab 2013 ersetzt durch einen Beitrag an das Globalbudget der Römisch-katholischen Zentralkonferenz (RKZ). Die Kosten für die Zentralkasse reduzieren sich dadurch um mehr als CHF 200'000. Zudem kann das Geld inskünftig strategisch besser eingesetzt werden und der Synodalarat wird sich erst noch besser Gehör verschaffen können. Zusätzlich soll ein neuer nationaler Koordinator für die RKZ angestellt werden.

Die Portugiesen-Mission erfährt zurzeit wegen der schlechten Wirtschaftslage des Landes eine sehr starke Zuwanderung. Leider trifft dies bei den Missionaren nicht zu. Die Lage ist hier besonders schwierig. Es lassen sich kaum deutschsprechende Priester für diese Mission finden. In der Portugiesen-Mission sind auch die portugiesisch sprechenden Katholiken aus Brasilien beheimatet. Eine Rochade zwischen dem jetzigen portugiesischen Missionar in Zürich und einem brasilianischen Missionar in Genf wurde von den Portugiesen in Zürich teilweise schlecht aufgenommen. Der Brasilianer ist für manche von ihnen ein unerwünschter „Ausländer“.

Ein kleines Beispiel vielleicht für die grossen Probleme, welche im Ressort Migranten-seelsorge virulent sind.

Franziska Driessen-Reding, Synodalrätin, dankt für den ausführlichen Bericht und die interessanten Fragen, welche ihr anlässlich des Gesprächs gestellt wurden.

Ihr ist es ein Anliegen zum gebrauchten Ausdruck „Anderssprachige“ etwas zu sagen. Sie könnte sich vorstellen, dass gerade diese Benennung, oder auch „Fremdsprachige“ ein Grund sein könnten, weshalb die Anbindung an eine Ortspfarrei extrem schwierig ist, jemand ist „fremd“ oder „anders“. Sie würde das Wort „international“ bevorzugen. Es geht nicht darum, alles zu globalisieren, aber mit einem Angebot von Missionen in über zwanzig verschiedenen Sprachen scheint dies angebracht. Franziska Driessen empfiehlt eine „Weltreise“ mit dem Besuch des einen oder anderen Gottesdienst einer Mission.

Es ist wirklich Tatsache, dass im Kanton Zürich für 30'000 katholische portugiesisch sprechende Menschen nur ein Missionar zur Verfügung steht. Die Forderung nach einem weiteren Missionar wurde bereits vor längerer Zeit deponiert, der verantwortliche Nationalkoordinator kann ihr jedoch keine Hoffnung machen, weil auch er keine Leute zur Verfügung hat. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass in London ein Missionar für über 100'000 portugiesisch-sprechende Personen zuständig ist. Den nächsten, der sich für das Amt zur Verfügung stellt, würde er nach London entsenden.

Ein weiteres Thema, das Franziska Driessen ansprechen möchte, ist Migratio mit dem neuen Koordinator Dr. Samuel M. Behloul. Es wurde bereits erwähnt, dass die CHF 30'000 pro Minoritätenmission, die bisher aus der Zentralkasse bezahlt wurden, für das laufende Jahr gestrichen wurden. Franziska Driessen hatte festgestellt, dass die Beiträge, die als Sitzkanton bezahlt werden mussten, keinen wirklichen Nutzen für Katholisch Zürich bedeuteten. Dass der Missionar in Zürich seinen Sitz hat, dient nicht der Gesellschaft oder der Allgemeinheit, sondern lediglich Migratio.

Aus diesem Grund hat man den Betrag nicht mehr gesprochen. Man hat gefordert, dass das Geld auf strategischer Ebene für die gesamte Schweiz eingesetzt wird und über diesen Weg auch Zürich dient. Man ist bereit, den Beitrag wieder zu zahlen, wenn diese Bedingung erfüllt wird.

Abgesehen davon, erachtet es Franziska Driessen klar als sinnvoll, dass Zürich mit so vielen Missionen und einem sehr grossen Ausländeranteil auch Sitzgemeinde für verschiedene Missionen ist.

Ressort Spezialseelsorge – Rolf Bezjak

Mauro Bernasconi, Referent der Geschäftsprüfungskommission, ist überzeugt davon, dass die Steuerfranken mit dem vielfältigen Angebot an Spezialseelsorge gut investiert sind. Es gehört zum Kerngeschäft der Kirche, gerade dort anwesend zu sein und Hilfe zu leisten, wo sich Menschen aus verschiedenen Gründen in schwierigen Situationen befinden.

Rolf Bezjak hat die Fragen der Geschäftsprüfungskommission sehr gut beantwortet.

2012 wurde unter anderem am Thema „überregionale Pflegezentren“ gearbeitet. Nach verschiedenen Umfragen wurde eine Stossrichtung eingeschlagen, welche die Ge-

schäftsprüfungskommission überzeugt hat: Es ist keine flächendeckende Kantonalisierung geplant, die Seelsorgenden in Pflegezentren sollen in der Pfarreiarbeit integriert sein, was eine Absonderung als Spezialseelsorger vermeidet. Die Unterstützung auf kantonalen Ebene wird erst dann gewährt, wenn eine Zusage zu einer Kooperation von Seiten der betroffenen Pfarrei und Kirchgemeinde vorliegt.

Eine etwas grössere „Baustelle“ ist die Gefangenenseelsorge wo es noch viel zu tun gibt. Man arbeitet an einem neuen Konzept für die Finanzierung und an den Strukturen. Hier braucht es noch etwas Geduld und dem Synodalrat ist dafür die Zeit einzuräumen. Die Geschäftsprüfungskommission freut sich darüber, dass die nicht einfache Arbeit nun endlich konkret aufgenommen wurde.

Als kleinen negativen Punkt möchte Mauro Bernasconi die vielfach gelobte ökumenische Zusammenarbeit erwähnen. Meistens ist diese auch tatsächlich gut, es gibt aber Anzeichen, dass dies ändern könnte.

Vor einem Jahr war die reformierte Kirche schon aus der Zusammenarbeit in der HIV-Aidsseelsorge ausgestiegen, welche jetzt von der katholischen Kirche alleine getragen wird. Bei weiteren Stellen wird die katholische Kirche gebeten, sich stärker finanziell zu beteiligen, wogegen an und für sich nichts einzuwenden ist, da sie jetzt auch mehr Geld zur Verfügung hat und die reformierte Kirche vom Kanton weniger Geld bekommt. Nicht akzeptabel ist jedoch, dass die reformierte Seite nur Rosinen pickt und der katholischen den Rest überlässt, oder einen entsprechenden Budgetposten streicht, ohne vorher den Kontakt gesucht zu haben. Dies entspricht nicht der Gepflogenheit unter gleichberechtigten Partnern. Mauro Bernasconi denkt dabei an die im Bericht erwähnte „Telebibel“. Er ist der Ansicht, dass hier vertiefte Gespräche auf präsidialer Ebene angebracht wären. Zum Schluss möchte Mauro Bernasconi wie auch schon im Vorjahr die Internet- und SMS-Seelsorge ansprechen. Unter „seelsorge.net“ wurde der Internetauftritt neu gestaltet, welche ihn jedoch nicht überzeugt. Wenn man bedenkt, dass darauf aus der gesamten Schweiz und vielleicht sogar aus Deutschland zugegriffen wird, überzeugen auch die Zahlen nicht unbedingt. Immerhin wird im Bericht erwähnt, dass 2012 mit dem in gewissen Kreisen propagierten Weltuntergang ein besonders gutes Jahr mit vielen Kontakten war.

Für die Zukunft erwartet man eine Finanzierungslücke. Mauro Bernasconi empfiehlt abzuklären, was mit diesem Weg zur Seelsorge erreicht werden soll, bevor man allenfalls in diese Lücke springt. Auch wenn es sich nur um einen kleinen Posten handelt, sollten einige Fragen geklärt werden. Z.B. Was ist das Ziel? Soll es Seelsorge sein für Jüngere, welche den Kontakt haben mit diesen Medien oder ist es ein niederschwelliger Zugang für alle? Wie viel Werbung braucht es? Wie viel muss noch bekannt gemacht werden? Wie viel kostet das? Gibt es einen Markt dafür? Ist es vielleicht nicht besser, das Geld Tel. 147 (Pro Juventute) zu geben oder der „Dargebotenen Hand“?

Rolf Bezjak, Synodalrat, dankt, insbesondere auch für den kritischen Bericht.

Dieses Ressort beinhaltet eine grosse Anzahl von kleineren und grösseren Spezialseelsorgen, die alle unterschiedlich arbeiten. Um hier wirklich wirken zu können, ist eine vernetztes Zusammenarbeiten unumgänglich. Mit dem Bereichsleiter Markus Köferli hat er jemanden in der Verwaltung, zu dem sehr kurze Wege bestehen. Er ist sehr dankbar, dass dieser von der Migrantenseelsorge entlastet wurde. Auch so sind seine Aufgaben für die Spezialseelsorge und die Jugendseelsorge noch sehr umfangreich. Dankbar ist Rolf Bezjak auch über die kurzen Wege zum Generalvikar. Die Spezialseelsorge greift häufig in dessen Gebiet und da sind gute Absprachen sehr wichtig.

Rolf Bezjak hat den Austausch mit den Kommissionen der Synode sehr geschätzt, sowohl mit der Geschäftsprüfungskommission als auch mit der Sachkommission Seelsor-

ge. Auch ohne konkretes Geschäft hat diese ihm die Möglichkeit geboten, über den Stand der Dinge in seinem Ressort zu informieren.

In diesem Ressort muss er auch stark operativ arbeiten, mehr als in manch anderem Ressort. Als Mitglied im Ausschuss von Dienststellen gehören z.B. auch Personalfragen zu seinem Aufgabenbereich.

Rolf Bezjak ist ein Anliegen zu erwähnen, dass sich für ihn die Frage „7 statt 9 Synodalräte“ nicht stellt.

Louis Borgogno, Winterthur, hat im Vorjahr als Mitglied der Kommission Spitalseelsorge zum ersten Mal etwas Einblick in das Schaffen dieser Spezialsorge erhalten. Die gehörten Aussagen zeigen das Vertrauen in diese Stelle und für ihn ist es eine Freude, das Engagement mitzuerleben.

Als Aussenstehender macht er aber eine Beobachtung, auf die er hinweisen möchte: Wie der Name „Spezialsorge“ sagt, geht man hier in die Tiefe, man schaut manchmal die Sachen genau an, man nimmt eher mal das Mikroskop als dass man in die Breite schaut, das liegt in der Natur der Sache. Gleichzeitig wurde vorher aber auch erwähnt, dass es bei der Seelsorge immer auch um Vernetzung geht. Zwischen der Vernetzung, die links und rechts schaut und dem Schauen in die Tiefe kann eine Spannung auftreten.

Louis Borgogno regt an, dies bei der Besetzung von Pensen zu berücksichtigen. Er erachtet es als nicht empfehlenswert, jemanden mit einem 10%-Pensum einzustellen und empfiehlt für Seelsorgende sinnvolle Pensen, auch wenn es sich um Spezialisten handelt. Es geht darum, den verschiedenen Ansprüchen zu genügen.

Ressort Soziales – Pfr. Luzius Huber

Rosmarie Tschudi, Referentin der Geschäftsprüfungskommission, attestiert auch hier dem Ressortverantwortlichen sehr gute Dossierkenntnisse, die Fragen der Geschäftsprüfungskommission wurden kompetent beantwortet.

Den grössten Umfang bildet in diesem Ressort das Hilfswerk Caritas Zürich, welches nach wie vor benachteiligte Menschen betreut und sich in verschiedenen Gebieten einsetzt.

Im Gespräch hat die Geschäftsprüfungskommission auch die vielen Bettelbriefe von Caritas erwähnt. Pfr. Luzius Huber hat darauf hingewiesen, dass es zu unterscheiden gilt zwischen Zuschriften von Caritas Zürich und solchen von Caritas Schweiz, was das Ganze etwas relativiert.

Der allen zugestellte Jahresbericht von Caritas Zürich enthält beeindruckende Zahlen, zum Beispiel, dass 36'989 Stunden Freiwilligenarbeit geleistet wurde, dass 220 Dossiers in der Schuldenberatung bearbeitet wurden, aber auch, dass CHF 2'275'500 Beiträge von der Katholischen Kirche eingegangen sind.

Rosmarie Tschudi möchte noch zwei Angebote aus diesem Ressort ansprechen, auch wenn im Gespräch nicht darauf eingegangen wurde. Zum einen ist es die „Dargebotene Hand“ – den Freiwilligen dieser Stelle wurde in einer Studie attestiert, dass sie hoch motiviert seien und besonders offen. Zudem verdienen auch die Bahnhofshelferinnen, die oft als „Engel des Bahnhofs“ bezeichnet werden, eine Erwähnung.

Rosmarie Tschudi dankt dem Ressortleiter und allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz und wünscht weiterhin viel Erfolg.

Pfr. Luzius Huber musste sich krankheitshalber für die Sitzung entschuldigen, sein Stellvertreter, Dr. Zeno Cavigelli, verzichtet auf ein Statement, steht aber für allfällige Fragen zur Verfügung.

Haymo Empl, Winterthur, möchte sich zum Bericht über die Lehrlingsseelsorge „kabel“ äussern. Er ist überzeugt, dass der Bericht eine wichtige Aufgabe beschreibt welche auch gut erfüllt wird, ihn stört jedoch die Ausschliesslichkeit, die er ausdrückt.

Ohne ein gewisses Hintergrundwissen erhält man das Gefühl, dass dies die einzige Stelle ist, welche bei Problemen mit der Lehre in Anspruch genommen werden kann. Nicht zum ersten Mal erwähnt Haymo Empl in diesem Zusammenhang das Mittelschul- und Berufsbildungsamt mit einer Reihe von Berufsinspektorinnen und -inspektoren, welche den Auftrag haben, bei Problemen in der Lehre als Ansprechperson zu amten. Sollte das Problem eine längere Betreuung benötigen, stehen auch weitere Institutionen zur Verfügung, wie die „Fachkundige individuelle Begleitung (FiB)“, welche seit fünf Jahren besteht. Diese widmet sich der Nachhilfe bei schulischen Problemen. Im letzten Berichtsjahr wurden von dieser Stelle ca. 1'000 Lehrlinge von 50 Personen an 14 Berufsschulen unterstützt. Zudem gibt es das „Case Management Berufsbildung“. Bei einer grösseren Problematik, welche mit wenigen Gesprächen nicht gelöst werden kann, geben „Coaches“ individuelle Beratung und Unterstützung. Überdies bietet die Schweizerische gemeinnützige Gesellschaft als Unterstützung bei Schwierigkeiten in der Lehre das Programm „Job Caddie“ an.

Haymo Empl würde erwarten, dass der Ehrlichkeit und der Fairness wegen im Bericht mit Recht stehen würde, dass „kabel“ eine gute Institution ist, dass es aber auch andere gibt, die sich der Problematik widmen.

Das eigentliche Problem ist, das hat auch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt erkannt, dass eine Koordination zwischen den Institutionen fehlt. Das möchte man in den nächsten zwei Jahren angehen und transparenter machen. Somit sollten die verschiedenen Angebote auch für Aussenstehende erkennbar sein.

Ressort Bauwesen und Liegenschaften – Dr. Zeno Cavigelli

Josef Lehmann, Referent der Geschäftsprüfungskommission, weist darauf hin, dass eine wichtige Pendeuz im Vorjahr erledigt werden konnte: Die Verhandlungen zwischen der Kirchenstiftung und der Kantonalkirche über die Gebäulichkeiten der Paulus-Akademie in Zürich-Witikon wurden abgeschlossen. Das beinhaltet auch das Einverständnis von Generalvikar Martin Grichting, welcher für die Kirchenstiftungen verantwortlich zeichnet. Die Verhandlungen erfolgten mit der Stiftung und nicht mit der Kirchgemeinde, da die Stiftung gemäss Baurechtsvertrag Eigentümerin des Landes ist. Es musste ein allseits vertretbarer Abtretungspreis ausgehandelt und auch sichergestellt werden, dass die Paulus-Akademie bis zum Umzug an die Pflingstweidstrasse den Betrieb in Witikon aufrechterhalten kann. Dieses Geschäft, d.h. die Umwidmung (Überführung) der Liegenschaft aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen, muss von der Synode bewilligt werden. Es dürfte ihr im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden.

Beim Neubau der Paulus-Akademie an der Pflingstweidstrasse in Zürich wurde ein weiteres Etappenziel erreicht. Im Januar 2013 wurde die Baubewilligung erteilt, allerdings mit zahlreichen Auflagen. Üblicherweise werden Baubewilligungen nach dem normalen Baurecht und dem Gestaltungsplan beurteilt. Im Falle dieses Baus stützte sich der Bauentscheid beinahe ausschliesslich auf den Gestaltungsplan. Das hatte eine grössere Korrektur der Gestaltung der Fassade West zur Folge, was die Gesamtbürofläche um etwa 100 m² reduziert. Ein möglicher Rekurs hätte eine Bauverzögerung von einem Jahr bedeutet. Wegen der sehr unsicheren Erfolgsaussichten hat man darauf verzichtet. Inzwischen ist die neue Baueingabe mit den bereinigten Bauauflagen erfolgt und es besteht Hoffnung, dass die Baufreigabe im Sommer eintritt.

Im Jahre 2012 wurden insgesamt rund CHF 1.3 Mio. als Baubeiträge an Kirchgemeinden ausgerichtet und im Voranschlag 2013 wurde ein gleichlautender Betrag eingesetzt. Die

Abwicklung von Bauvorhaben der Kirchgemeinden mit Kostenbeteiligung der Zentralkasse funktioniert ohne Probleme und die von der Synode jeweils veranschlagten Baukostenbeiträge haben immer ausgereicht. Massgebend für die Zahlung von Baubeiträgen ist das bestehende Baubeitragsreglement vom 29. Juni 2006. Die in aller Regel frühzeitige Information über Bauvorhaben der Kirchgemeinden erleichtert die Budgetierung. Überdies hat die Kantonalkirche die Möglichkeit, den Zeitpunkt der Zahlungen etwas zu steuern. Die Bauabrechnungen werden durch die Ressortverantwortlichen des Synodalrates kontrolliert. In ein bis zwei von zehn Fällen sind weitere Abklärungen erforderlich. Dem Stadtverband Zürich wird für seine Bauvorhaben jährlich ein Pauschalbetrag ausbezahlt, welcher alle drei Jahre aus dem Total der beitragsberechtigten Kosten der letzten fünf Jahre neu berechnet wird. Dieser Betrag wird ebenfalls nach dem Baubeitragsreglement berechnet.

Die Reformierte Kirche im Kanton Zürich sieht sich aus finanziellen Gründen mehr und mehr gezwungen, Kirchen "zu verkaufen". Die Katholische Kirche im Kanton Zürich kennt diese Probleme zum Glück vorderhand nicht. Das Ganze ist historisch begründet. Die Reformierten hatten früher – im Gegensatz zu den Katholiken – viel Geld zur Verfügung. So wurden teilweise grössere Kirchgemeinden aufgeteilt, was neue Kirchen, Gebäulichkeiten und zusätzliches Personal erforderte. Das konnte man sich damals allerdings leisten. Der heutige Rückgang an Gläubigen hat diesbezüglich schmerzliche Konsequenzen. Die Geschäftsprüfungskommission hofft, dass die katholische Kirche solche Konsequenzen nicht zu spüren bekommt.

Dr. Zeno Cavigelli, Synodalrat, dankt für den Bericht und das Interesse der Geschäftsprüfungskommission an diesem Ressort.

Bis anhin hat es offensichtlich noch nie eine Umwidmung einer Liegenschaft gegeben, wie dies jetzt in Witikon geschehen soll. Dies setzt voraus, dass eine Liegenschaft aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen übertragen wird.

Von den Erfahrungen, die jetzt in Witikon gesammelt werden können, wird man später profitieren. Es besteht bereits eine kleine Liste von Liegenschaften, bei denen die Finanzkommission, und zum Teil auch der Synodalrat, das Gefühl haben, dass sie ins Finanzvermögen gehörten und nicht ins Verwaltungsvermögen.

An der Pfingstweidstrasse wird Anfang Juli mit dem Bau, bzw. mit den Abbrucharbeiten begonnen. Danach wird der Aushub mit der entsprechenden Altlastensanierung vorgenommen. Dr. Zeno Cavigelli hofft, dass im Herbst, beim erhofften Grundwassertiefstand, das Betonieren der Bodenplatte in Angriff genommen werden kann.

Josef Lehmann, Referent der Geschäftsprüfungskommission, möchte wissen, ob es eine Spatenstichfeier geben wird.

Dr. Zeno Cavigelli, Synodalrat, erklärt, dass der Spatenstich nicht speziell gefeiert wird, weil das mit dem Abbruch und den Sanierungsarbeiten nicht wirklich Sinn macht. Voraussichtlich wird jedoch Anfang November eine Grundsteinlegung mit einem entsprechend inhaltlich gefüllten Grundstein gefeiert. Er verspricht, diesen Anlass rechtzeitig anzukündigen.

Ressort Finanzen – Dr. Franz Germann

Erich Meyer, Referent der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass er gemeinsam mit Josef Lehmann dieses Ressort genauer vertieft geprüft hat. Diese Prüfung beinhaltete das kritische Hinterfragen des Geschäftsberichts als solches mit einer anschliessenden Befragung des Ressortverantwortlichen. Sowohl der vorliegende Jahresbericht als auch die im Rahmen der Befragung des Ressortverantwortlichen erhaltenen Antworten und

die detaillierten und fundierten Auskünfte zeugen von der im Ressort Finanzen geleisteten guten Arbeit.

Die Bilanz und die Erfolgsrechnung zeigen, dass sich die finanzielle Situation der Körperschaft per Ende 2012 sehr solide präsentiert. Weil das im gegenwärtigen Umfeld nicht selbstverständlich ist, hat die Ressortleitung für den umsichtigen und haushälterischen Umgang mit den Finanzen einen besonderen Dank verdient.

Bezüglich der einzelnen Details verweist Erich Meyer auf den Jahresbericht zu den Finanzen und den zugehörigen Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

An dieser Stelle weist Erich Meyer auf einen Fehler im Bericht der Geschäftsprüfungskommission hin, auf den ihn Dr. Franz Germann aufmerksam gemacht hat. Die Geschäftsprüfungskommission hat geschrieben, dass im Rahmen der Steuerreform natürliche Personen vermehrt steuerfreie Aktien erhielten. Es geht aber nicht um Aktien, sondern um steuerfreie Dividenden. Erich Meyer bittet um Entschuldigung für diesen Fehler. Das Steueraufkommen bei den natürlichen Personen ist rückläufig, was jedoch – zumindest bis anhin – durch Zuwachs bei den juristischen Personen kompensiert wird. Dieser Situation ist nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Anlagestrategie für das Finanzvermögen ist in einem Reglement aus dem Jahr 2006 geregelt. Der Ressortverantwortliche hat die Geschäftsprüfungskommission darüber informiert, dass sich der Synodalrat schon demnächst mit der Überarbeitung dieses Reglements befassen wird. Dieses Ansinnen wird von der Geschäftsprüfungskommission sehr begrüsst.

Die finanztechnische Rechnungsprüfung erfolgt traditionell durch die Finanzkontrolle des Kantons Zürich. Die Geschäftsprüfungskommission könnte sich auch vorstellen, für diese Rechnungsprüfung alternative Prüfstellen in Betracht zu ziehen. Wie seit neuestem auch bei der Schwesterkirche, der reformierten Landeskirche, kann sich die Geschäftsprüfungskommission auch eine Wahl der Revisionsstelle durch die Synode vorstellen.

Dr. Franz Germann, Synodalrat, dankt für die sorgfältige Beobachtung der Arbeit im Finanzressort.

Er möchte auf die Bemerkung der Geschäftsprüfungskommission eingehen, dass sich der Synodalrat demnächst Gedanken über seine künftige Anlagestrategie machen wird. Dr. Franz Germann versichert, dass er auf keinen Fall dem Synodalrat beantragen wird, das momentan sehr liquide Vermögen in Aktien anzulegen. Der Verlauf der Aktienkurse zeigt, dass dies verantwortungslos wäre. Aktienkauf gehört nach Ansicht von Dr. Franz Germann nicht in eine Anlagestrategie der Körperschaft, die Volatilität ist viel zu hoch. Er handelt nach dem Grundsatz, dass mit dem Geld von anderen Leuten – und das Geld der Körperschaft ist für den Synodalrat das Geld anderer Leute – sollte man doppelt so vorsichtig umgehen wie mit dem eigenen Geld.

Der Synodalrat wird bei der Diskussion über die künftige Anlagestrategie Überlegungen anstellen, wie der momentan grosse Anteil an liquiden Mitteln in der Zentralkasse angelegt werden soll. Dies ist äusserst schwierig, weil es momentan kaum Zinsen dafür gibt. Nun zeigt sich eine Tendenz, dass dies langsam ändern könnte. Es gilt zu überlegen, ob wieder mit Festgeldern eingestiegen werden kann, welche fast jederzeit liquid sind. Eine weitere Möglichkeit wären auch Kassen- oder Anleiensobligationen. Diese Anlagemittel sind aufgrund des Anlagereglements zulässig und wurden in den letzten Jahren auch mit Erfolg angewendet.

Ressort Bildung, Medien – Angelica Venzin

Mauro Bernasconi, Referent der Geschäftsprüfungskommission, macht darauf aufmerksam, dass in diesem Ressort vier der fünf grossen Subventionsträger angesiedelt sind:

Katholische Kirche im Kanton Zürich

Synode
Hirschengraben 70
8001 Zürich
www.zh.kath.ch/synode

Telefon 044 266 12 20
Fax 044 266 12 21
synode@zh.kath.ch

8. Amtsdauer

Substanzielles Protokoll
der 8. Sitzung der Synode
vom 27. Juni 2013

die Hochschuleseelsorge (Aki), das *forum*, die Freien Katholischen Schulen Zürich und die Paulus-Akademie. Subventionsträger bedeutet, dass grosse Beträge von der Synode jeweils für vier Jahre gesprochen werden und diese jährlich ausbezahlt werden. Nach der Genehmigung der Ausgabe durch die Synode, hat diese im Grunde genommen nichts mehr zu sagen. Die laufende Periode läuft bald aus, das heisst, dass der Synode 2014 neue Anträge vorgelegt werden. Weil es um viel Geld geht, möchte Mauro Bernasconi das Thema ausführlicher erläutern.

Über das Aki und die Freien Katholischen Schulen gibt es nicht sehr viel zu berichten, sie machen eine gute Arbeit und es herrscht mehr oder weniger „courant normal“.

Bei den Freien Katholischen Schulen sind jedoch Schülerzahlen zurückgegangen und unter die im letzten Subventionsbericht erwarteten 700 Schüler gefallen. Es bleibt den Abschlussbericht über die letzten vier Jahre abzuwarten um zu sehen, wie mit diesen Erkenntnissen umgegangen wird.

Das *forum* leistet eine hervorragende Arbeit, man kann stolz darauf sein. Ein kleiner „Skandal“ ist vielleicht, dass nicht alle katholischen Haushalte ein *forum* erhalten haben, wie das im Jahresbericht erwähnt ist, Adressen von Anderssprachigen wurden zum Teil gestrichen. Als Pfarrblatt des gesamten Kantons Zürich sollte es ein integrierendes Instrument sein, das allen zusteht. Es ist gut, dass die Adressen jetzt bereinigt wurden. Mauro Bernasconi regt an, das *forum* etwas anzupassen, damit auch Anderssprachige vermehrt zum Zug kommen. Der grosse Spendenzuwachs kann sicher auch als Anerkennung und als Zeichen von einem starken Rückhalt in der Bevölkerung gewertet werden.

Die Paulus-Akademie hat 2012 erfolgreich den neuen Studienbericht „Bioethik, Medizin und Life Sciences“ eröffnet. Auch die Besucherzahlen und die Anzahl der Kurse lassen sich sehen. Mit einer neuen Strategie wird auch versucht neue Nutzerkreise zu erschliessen. Ob das Durchführen von Veranstaltungen an unkonventionellen Orten wirklich der richtige Weg zu einer Stadtakademie ist, wird sich zeigen müssen.

Auf jeden Fall muss man sich bei der Paulus-Akademie die Frage stellen, wie es mit den Kooperationspartnern weitergeht, welche an der Pflingstweidstrasse dazu stossen werden. Im Jahresbericht werden die Pflingstweidstrasse und die getroffenen Vorbereitungen zwar immer wieder erwähnt, von der Zusammenarbeit mit den zukünftigen Partnern „theologiekurse.ch“ und „Bibelpastorale Arbeitsstelle“ liest man jedoch nichts. Mauro Bernasconi sieht hier auch noch mögliche finanzielle Probleme und fragt sich, ob von den vorgesehenen Partnern der erforderliche Mietzins überhaupt bezahlt werden kann. Auch wenn noch keine genauen Zahlen bekannt sind, sollte dies bald angegangen werden, nicht dass man am Schluss mit leeren Büroräumlichkeiten da steht. Mauro Bernasconi denkt, dass hier die Kooperation und die Kollegialität innerhalb des Synodalrates gefordert sind. Es darf nicht sein, dass die Verantwortung von einem Ressort auf das andere geschoben wird.

Die angestrebte Paulus-Akademie als „Leuchtturm“ ist für Mauro Bernasconi noch nicht ersichtlich. In den Medien waren viele katholische Themen präsent, die Paulus-Akademie wurde in diesem Zusammenhang jedoch nie erwähnt. Er hat das Gefühl, dass viel Geld für Bildung gesprochen wird und doch nur eine kleine Elite davon profitiert.

Die zuständige Synodalrätin Angelica Venzin wird die offenen Fragen im Laufe des nächsten Jahres beantworten müssen.

Sie führt das Ressort mit viel Engagement und Freude. Beim Gespräch am 26. Mai ist sie Red und Antwort gestanden und man merkt, dass sie in ihrem Ressort auch persönliche Akzente setzt. Im Jahresbericht sieht man, dass sie die Paulus-Akademie ein wenig zurück auf den Boden bringen, mehr katholische Themen aufnehmen und einen stärkeren Bezug zu Katholisch Zürich haben möchte. Ob dies gelingt, wird die Zukunft zeigen.

Es stellt sich auch die Frage, wie gross ihr Einfluss sein kann. In den verschiedenen Stiftungsräten vertritt sie nur eine Stimme. Zudem sind drei der vier erwähnten Institutionen selbständig. Eventuell könnte der Einfluss damit vergrössert werden, wenn mehrere Mitglieder des Synodalrates in einem Stiftungsrat Einsitz hätten.

Die Synode kann momentan lediglich beobachten was passiert. Wenn im nächsten Jahr die Gesamtberichte und die Anträge vorliegen, kann sie entscheiden. Mauro Bernasconi hofft auf gute und aussagekräftige Unterlagen. Als weniger gutes Beispiel erwähnt er, dass im letzten Bericht zum *forum* aufgeführt war, wie viele Seiten der Mantelteil und wie viele die Pfarreiseiten umfassen sollten und ob sie im schwarz-weiss Druck oder farbig sein sollten.

Mauro Bernasconi wünscht alles Gute beim Erstellen der Anträge und freut sich auf die Debatte im nächsten Jahr.

Angelica Venzin, Synodalrätin, dankt den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission und den zwei Mitgliedern der Sachkommission BiMeSo, welche beim Gespräch dabei waren für das konstruktive Gespräch und die wertvollen Anregungen. Mauro Bernasconi dankt sie zudem für die wohlwollenden Worte.

Was die notwendige Adressbereinigung beim *forum* angeht, möchte sie betonen, dass die Schuld nicht beim *forum* lag. Die Adressen werden von den Pfarreien verwaltet und diese melden sie dem *forum*. Jetzt klappt es.

Zu den zukünftigen Partnern der Paulus-Akademie muss gesagt werden, dass diese noch nicht definitiv festgelegt sind und deshalb nichts Genaues geplant werden kann. Kontakte bestehen selbstverständlich und Pläne werden sicher in Angriff genommen, sobald die Partner bekannt sind. Momentan ist es für konkrete Verhandlungen zu früh.

Dass die Schülerzahlen bei den Freien Katholischen zurückgegangen sind, schmerzt sehr und sie erachtet dies nicht als „*courant normal*“. Sie versichert, dass auch der Schulrat den Rückgang der Schülerzahlen mit Besorgnis zur Kenntnis genommen hat und auf verschiedenen Ebenen angeht, sowohl intern im Betrieb als auch mit Elternbefragungen. Zudem wird auch das Umfeld angeschaut. Es ist allgemein bekannt, dass auch an den Volksschulen grosse Veränderungen stattfinden, welche man sehr gut beobachten muss. Deren Auswirkungen muss man sehr gut verfolgen.

Trotzdem möchte sie nicht jammern. Sie dankt vor allem den knapp 100 Lehrpersonen ganz herzlich für ihren engagierten Einsatz für die Jugendlichen und ihre grosse Arbeit, welche durch den Rückgang der Schülerzahlen nicht geschmälert wird.

Angelica Venzin teilt hoch erfreut mit, dass neu zwei junge Männer aus Katholisch Zürich als Schulratsmitglieder gewählt worden sind. Sie werden den Schulrat wesentlich verjüngen. Auch dies lässt hoffen.

In Hinblick auf das nächste Jahr möchte Angelica Venzin zu einem Satz im Bericht der Geschäftsprüfungskommission Stellung nehmen, der ihr ein grosses Anliegen ist. Darin steht: „Schliesslich soll darauf hingewiesen werden, dass die Ressortverantwortliche einen eher bescheidenen Einfluss auf den konkreten Geschäftsgang der subventionierten Institutionen ausüben kann.“ Offensichtlich erwartet hier die Geschäftsprüfungskommission eine bessere Einflussnahme durch den Synodalrat. Sie kennt dieses Anliegen aus ihrer Erfahrung von zwölf Jahren als Synodale und aus zwei Jahren im Synodalrat, wenn auch jetzt aus einer anderen Perspektive. Sie möchte an dieser Stelle festhalten, dass der konkrete Geschäftsgang von der operativen Ebene umgesetzt werden muss und sie als Synodalrätin in Gremien Einsitz hat, in denen strategische Entscheide gefällt werden. Nichts desto trotz, ist es aber auch ganz im Interesse des Synodalrates, sich entsprechend einzubringen und sie verspricht zu versuchen, das in den Subventionsvorlagen, welche nächstes Jahr vorgelegt werden müssen, auch einfließen zu lassen.

Leopold von Felten, Männedorf-Uetikon, berichtet von seinem Besuch der Generalversammlung der Freien Katholischen Schulen, welche er als sehr erfreulich erlebt hat. Man hat gespürt, dass diese Schule gut geführt ist und klare Ziele hat. Besonders hat ihn das Referat des zu 100% angestellten Schulseelsorgers gefreut, dem man entnehmen konnte, dass die Schule wirklich nach den Wunschzielen der Synode geführt wird. Als Katholisch Zürich darf man auf diese Schule stolz sein.

Der langjährige Präsident der Schule, Romeo Steiner, hat auch über den Rückgang der Schülerzahlen um ca. 10% berichtet. Leopold von Felten befürwortet auch die angekündigte Analyse, ist jedoch der Meinung, dass auch jeder einzelne Synodale etwas dazu beitragen könnten.

Zum einen könnte die Wirtschaftslage dafür verantwortlich sein, dass man nicht mehr bereit ist, so viel Geld für eine Schule zu bezahlen. Es kann aber auch sein, dass die aktuelle Situation in der Kirche Grund dafür ist. Leopold von Felten führt ein Dossier mit Medienberichten und hat festgestellt, dass in den letzten fünf bis sechs Jahren fast pausenlos Negativmeldungen zu lesen sind. Über die Kirche allgemein und über die Kirche Zürich wird sehr viel Schlechtes geschrieben – sehr vieles auch zu Unrecht. Leopold von Felten kann sich vorstellen, dass auch dies gewisse Eltern davon abhalten könnte, ihre Kinder in eine Katholische Schule zu schicken. Was den Schülerrückgang in seinen Augen zudem noch brisanter macht, ist die Tatsache, dass man gerade jetzt dabei ist, das Schulhaus Kreuzbühl zu erweitern.

Der Präsident Romeo Steiner hat am Schluss der Generalversammlung die Teilnehmer innigst gebeten, in den eigenen Gemeinden zu schauen, dass hier Gegensteuer gegeben wird. Mit dem gleichen Wunsch gelangt Leopold von Felten nun an die Synodalen. Es gilt, möglichst schnell Gegensteuer zu geben. Die Schule hat bereits reagiert und unter anderem mit Plakaten und Inseraten Werbung gemacht.

In nächster Zeit, spätestens im nächsten Jahr, wenn es wieder um Subventionen geht, wird das Thema Katholische Schulen wieder in der Synode zur Sprache kommen.

Ressort Personal, Organisation – Karl Conte

Haymo Empl, Referent der Geschäftsprüfungskommission, hat aus dem Gespräch mit Karl Conte geschlossen, dass in diesem Ressort sehr gute Arbeit geleistet wird. Die Geschäftsprüfungskommission ist aber überzeugt, dass die Umsetzung weitgehend in den Kirchgemeinden und Pfarreien zu erfolgen hat. Es ist eine Daueraufgabe zu schauen, dass das, was auf dem Papier steht auch im richtigen Sinn umgesetzt wird. In diesem Punkt sind viele gefordert.

Vor kurzem hat Haymo Empl in einer Zeitung eine Rangliste entdeckt, in der Firmen mit 84 bis 55'000 Mitarbeitenden nach Gewährung von Vaterschaftsurlaub beurteilt wurden. Die Katholische Kirche hätte an dritter Stelle gestanden, weit vor anderen, leider war sie aber nicht aufgeführt. Es wäre gut, dies im Geschäftsbericht im Sinne von PR herauszustreichen.

Das Thema „Mietzinsempfehlungen für Pfarrhäuser“ verfolgt Haymo Empl schon mehrere Jahre und er hat dazu auch schon ein Postulat eingereicht. Da er vorläufig keine Lösung dafür sieht, möchte er noch einmal zur Erinnerung rufen, worum es dabei geht: Bis 2007 waren die Pfarrer in Lohnklasse 19 eingereiht und es war festgelegt, dass die Miete einer Pfarrwohnung, inklusive Nebenkosten, höchstens CHF 1'500 betragen dürfe. 2008 hat man – mit Recht – die Lohnklassenzuteilung auf 21 erhöht, was im Schnitt CHF 16'000 mehr Lohn ausgemacht hat. Trotzdem sind die Mieten der Pfarrwohnungen immer noch gleich hoch wie damals. Da die vormalige Begründung der bescheidenen Löhne der Pfarrer nicht mehr gilt, müssten auch die Mietzinse angepasst werden. Haymo Empl überzeugt das manchmal gehörte Argument nicht, dass man damit erreichen

möchte, dass die Pfarrer in den Pfarrhäusern wohnen bleiben. Er erwartet hier endlich eine Lösung.

Vor etwa einem Monat, nach der Diskussion mit Karl Conte, hatte Haymo Empl per Mail noch angefragt, wie hoch der Deckungsgrad der Pensionskasse und wie deren Stand sei. Bis anhin hat er noch keine Antwort erhalten.

Im Bericht der Geschäftsprüfungskommission werden auch die Fördergespräche mit der Geistlichkeit erwähnt. Mit den übrigen Mitarbeitenden werden jährlich Fördergespräche geführt, woraus im Sinne von Verbesserungen usw. Schlüsse gezogen werden. Für die Pfarrer, bzw. Geistlichen, gilt ein anderes Vorgehen. Ihr Gespräch findet durch den Dekan oder dessen Beauftragten statt und die Kirchenpflege wird jeweils nur darüber informiert, dass das Gespräch stattgefunden hat. In der Anstellungsordnung steht zum Thema „Beteiligung der staatskirchenrechtlichen Behörde“ zwar: „Wenn es aufgrund von speziellen Situationen sinnvoll erscheint, können Fördergespräche mit der kirchlichen und der staatskirchenrechtlichen Instanz ganz oder teilweise gemeinsam durchgeführt werden.“ Haymo Empl denkt aber, dass eine staatskirchenrechtliche Seite erst zugezogen wird, wenn Feuer im Dach ist, im Normalfall nicht. Sehr oft stehen bei Pfarrern auch zwischenmenschliche oder führungstechnische Probleme zur Debatte, die mit innerkirchlichen Belangen nichts zu tun haben. Dass hier die Kirchenpflege ausgeschlossen sein und nur im äussersten Notfall beigezogen werden soll, erachtet Haymo Empl als schlecht.

Er hofft, dass sich dieses schon mehrmals angesprochene Problem bald lösen wird.

Karl Conte, Synodalrat, bedankt sich bei der Geschäftsprüfungskommission für das gute und interessante Gespräch.

Was die Frage zur Pensionskasse angeht, war er der Meinung, diese per Mail beantwortet zu haben, er wird dem nachgehen. Er kann aber die erfreuliche Meldung machen, dass die Pensionskasse einen Deckungsgrad über 104 Prozente hat. Man steht gut da, die Renten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gesichert.

Auch in diesem Ressort leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung den grossen Teil der Arbeit. Dafür dankt Karl Conte ganz herzlich. Momentan erfordert die Organisationsanalyse von diesen einen sehr grossen Aufwand und bringt sie teilweise etwas an die Grenze ihrer Möglichkeiten.

Das Thema Fördergespräche mit Seelsorgenden in Gemeindeleitungsfunktion hat Karl Conte im Personalausschuss einmal mehr zur Diskussion gebracht. Er wollte klären, ob es wirklich zutrifft, dass diese ausschliesslich im innerkirchlichen Rahmen durchgeführt werden. Dem kann man widersprechen. Zum Beispiel hat Rolf Bezjak als Gemeindeleiter erklärt, dass in seiner Kirchgemeinde die Anwesenheit von Vertretern beider Gremien institutionalisiert ist. Dies wird auch an verschiedenen anderen Orten so gehandhabt. Unter Punkt 7.4 der Anstellungsordnung steht, wie das geschehen soll. Es ist auch festgehalten, wie die Beteiligung der staatskirchenrechtlichen Organe, also der Kirchenpflegen stattfinden soll. Die Zusammenarbeit kann nicht nur stattfinden, wenn Feuer im Dach ist, sondern dann, wenn Anliegen eingebracht werden. Das einvernehmliche Verhalten sollte nicht nur auf kantonaler Ebene versucht werden, sondern auch auf pfarreilicher Ebene. Karl Conte appelliert an die Synodalen, welche auch in einer Kirchenpflege tätig sind, entsprechende Anliegen in erster Linie direkt anzusprechen und in zweiter Linie, falls notwendig, dem Dekan den Bedarf für das Gespräch anzumelden.

Der Personalausschuss wird jedoch auch den Generalvikar bitten, die Dekane noch einmal aufzufordern, auch von ihrer Seite das Prozedere einzuhalten und die Gespräche voranzukündigen. Damit hat die Kirchenpflege die Möglichkeit, allenfalls zu handeln. Wenn beide Seiten sich an das Prozedere halten, wird es auch funktionieren.

Was den Mietzins für Pfarrwohnungen betrifft, erwartet Karl Conte noch dieses Jahr, konkrete Vorschläge einbringen zu können. Man hat zuerst abgewartet um zu sehen, wie die reformierte Kirche das Thema angeht. Jetzt kann man sich weitgehend daran orientieren. Mit dem erarbeiteten Prozedere wird man nun auf die Kirchenpflegen zugehen. Die Umsetzung wird bei diesen liegen.

Auch Karl Conte freut sich über die Tatsache, dass an der Theologischen Hochschule Chur so viele Studierende eingeschrieben sind wie schon lange nicht mehr, nämlich 55, vor einem Jahr waren es 45. Zudem startet das Ressort Personal und Organisation eine Kampagne, bei der auch in den innerkirchlichen Bereich eingewirkt wird. Einerseits sollen Seelsorgerinnen und Seelsorger aufgefordert werden, aktiv Personal anzusprechen und anzuwerben, andererseits soll ab Herbst unter dem Titel „Chance Kirchenberufe“ auch in der Öffentlichkeit geworben werden. Karl Conte ist zuversichtlich, dass es damit gelingt, die Zahl der Personen, welche die Ausbildung beginnen, zumindest stabilisiert oder gar erhöht wird, damit in Zukunft mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Seelsorge zur Verfügung stehen.

Marcel Dublanc, Zürich-Heilig Kreuz, möchte eine Aussage von Haymo Empl aufnehmen. Im Jahresbericht der Ombudsstelle hat ihn ein Abschnitt speziell beschäftigt: „Chancen und Risiken bei den Mitarbeiterbeurteilungen. – Immer wieder sind die Ombudsleute mit Fragen betreffend der Mitarbeiterbeurteilungen konfrontiert, welche als einseitig, defizitorientiert und/oder ungerecht empfunden werden. Im Berichtsjahr auffallend war, dass bei langjährigen Mitarbeitenden vermehrt gut bis sehr gut qualifizierte Leistungen ohne Vorankündigung und vorgängige Beanstandungen plötzliche als genügend bzw. ungenügend beurteilt wurden. Dies führt zu Unverständnis, Frustration, Misstrauen und Motivationsverlust bei den beurteilten Personen.“ Das zeigt, dass beides vorkommen kann. Jeder muss sich an seiner Stelle damit befassen und alle müssen sich bemühen dem entgegenzuwirken.

6.2. Schlussabstimmung

Die Synode beschliesst einstimmig mit 90 Ja:

1. Der Jahresbericht des Synodalrates der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich für das Jahr 2012 wird abgenommen.
2. Mitteilung an den Synodalrat zur Weiterleitung an den Regierungsrat des Kantons Zürich zuhanden des Kantonsrates.

Mittagspause von 12.20 bis 14.15 Uhr

7. Jesuit Refugee Service JRS. Nothilfe für Syrien

Der Bericht und Antrag des Synodalrates wurde am 30. Mai 2013 verschickt, gleichzeitig mit dem Bericht und Antrag der Sachkommission Seelsorge (SeSo) und der Stellungnahme der Finanzkommission.

Die beiden Anträge sind identisch und lauten:

Die Synode beschliesst:

1. Dem JRS, Jesuit Refugee Service, wird ein einmaliger Beitrag von CHF 200'000 ausgerichtet für sein Notfallhilfe-Projekt in Syrien.
2. Der Betrag geht zulasten der Kostenstelle der 652, nicht budgetierte, einmalige Beiträge Synode.
3. Als Sponsorenhinweis soll der Vermerk „Katholische Kirche im Kanton Zürich“ verwendet werden.
4. Mitteilung an Anne Ziegler, Assistant Regional Director – Middle East North Africa region, middleeast.assistant.director@jrs.net, P. Nawras Sammour SJ, Regional Director – Middle East North Africa region, middleeast.director@jrs.net, Pater Anton Kurmann, Hirschengraben 74, 8001 Zürich, Dr. Benno Schnüriger, Präsident Synodalrat, den Generalvikar und Gaudenz Domenig, Sekretariat Synodalrat, Bereichsleiter Finanzen

7.1. Eintretensdebatte

Urs Heinz, Referent der Sachkommission SeSo, verweist in erster Linie auf die schriftlichen Unterlagen, zu denen es nicht mehr viel zu ergänzen gibt.

Besonders beeindruckt war die Sachkommission SeSo über den Antrag von Pater Nawras Sammour. Selten ist es möglich, so detailliert wie hier in die Tätigkeit und in die Wirkung eines Hilfswerkes Einsicht zu bekommen. Überzeugt hat auch die Art der Hilfe, die besser möglich ist, weil es sich um ein kleines Hilfswerk handelt. Im Vergleich zu den grossen Organisationen hat der JRS eine viel direktere Wirkung, was auch durch Pater Toni Kurmann bestätigt wurde. Der JRS funktioniert auf lokaler Ebene mit eigenen Netzwerken. Als Syrer kann Pater Nawras sicherstellen, dass die Hilfe direkt zu den notleidenden Leuten kommt. Hilfsempfänger sind Leute, die nicht als Flüchtlinge im internationalen Sinn gelten, weil sie das Land nicht verlassen haben. Sie werden jedoch in Syri-

en durch die Wirren von Ort zu Ort getrieben. Diese zu betreuen hat sich das Werk der Jesuitenmission als Aufgabe gemacht.

Urs Heinz bittet, auf das Geschäft einzutreten.

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalrates, erklärt wie der Synodalrat dazu gekommen ist, diesen Antrag zu stellen:

Unter anderem durch die örtliche Nähe, besteht von Giorgio Prestele und die Kommunikationsstelle ein guter Kontakt zu den Jesuiten. Als man erfahren hat, dass Pater Nawras Sammour in Zürich weilt, hat man ihn zu einem Mittagessen eingeladen und war von seinen Ausführungen beeindruckt. Überzeugt haben auch seine Einfachheit und die Art, wie er seine Arbeit versteht. Unabhängig von Religion oder Herkunft wird Leuten geholfen. Er hat erwähnt, dass er dafür pro Monat rund CHF 250'000 braucht und er manchmal am Anfang des Monats nicht wisse, ob das vorhandene Geld reiche; er vertraue jedoch darauf, dass die Rechnung aufgehe.

Der Synodalrat war so beeindruckt, dass er in einer ersten Tranche einen Mikrobeitrag von CHF 15'000 ausgerichtet hat, verbunden mit dem Versprechen, der Synode einen Antrag für einen grösseren Beitrag zu stellen.

Der Synodalrat ist überzeugt, dass dieses Geld ohne grosse Umwege in die richtigen Hände gelangt. Regelmässig wird über JRS auch in der Publikation „Jesuitenmission“ berichtet. Diese Zeitschrift kann auch abonniert werden. Bis zu einem gewissen Grad braucht es aber auch Vertrauen, dass das Geld wirklich richtig eingesetzt wird, das gleiche Vertrauen, das Pater Nawras hat, jeden Monat mindestens CHF 250'000 zusammenzubringen.

Dr. Benno Schnüriger dankt schon im Voraus für die Zustimmung der Synode und bittet, auf das Geschäft einzutreten.

Erika Scheiber, Referentin der Finanzkommission, erklärt, dass sich die Finanzkommission auch eingehend mit dem Syrienprojekt befasst hat. Sie war ebenfalls beeindruckt, welchen Einsatz die Jesuiten für die Vertriebenen in Syrien leisten. Sie bringen den Menschen, die unermessliches Leid und Elend erfahren, Hilfe, Licht und Hoffnung.

Die Finanzkommission unterstützt den Bericht und Antrag des Synodalrates und den der Sachkommission SeSo mit dem einmaligen Beitrag von CHF 200'000 an das Syrienprojekt.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

7.2. Detailberatung

Ziffer 1

Dem JRS, Jesuit Refugee Service, wird ein einmaliger Beitrag von CHF 200'000 ausgerichtet für sein Notfallhilfe-Projekt in Syrien.

Peter Brunner, Egg, verweist auf die erschütternde und katastrophale Situation in Syrien und darauf, dass keine schnelle Lösung zu erwarten ist weil die Parteien zu sehr auf die je eigene Position bestehen.

Beim Lesen des Berichts kam er zum Schluss, dass der Betrag von CHF 200'000 eigentlich zu wenig sei. Um Kritikern zuvor zu kommen, die der Meinung sind, dass man nur so viel geben sollte, wie auch gefordert wurde, hat er einige Projekte angeschaut, die früher bewilligt wurden. Dabei ist er auf Sachen gestossen, bei welchen man auch weni-

ger Geld hätte sprechen können. Gerade im Jahr der Diakonie könnte Geld nicht besser eingesetzt werden als dort, wo effektiv Not herrscht.

Die Behörden der USA haben für Syrien (nicht für das Jesuitenordenprojekt, sondern generell für die Flüchtlinge) US\$ 300 Mio. gesprochen. Auf diesen Betrag ist man gekommen, indem für jeden US-Bürger US\$ 1 eingesetzt wurde. Peter Brunner schlägt nun folgende Rechnung vor: Im Kanton Zürich wohnen 390'000 Katholiken. Wenn man nun auf 400'000 aufrundet und für jeden Katholiken CHF 1 rechnet, kommt man auf CHF 400'000. In diesem Sinn stellt er einen Antrag. Er schlägt zudem vor, die CHF 400'000 in zwei Tranchen zu überweisen und jetzt über CHF 200'000 abzustimmen und nach fünf Monaten Pater Nawras noch einmal die Möglichkeit zu bieten, einen Antrag zu stellen.

Demzufolge lautet der Antrag: Die Synode beschliesst, dass Pater Nawras die Möglichkeit hat, nach fünf Monaten eine zweite finanzielle Unterstützung im Bereich von CHF 200'000 für die Nothilfe in Syrien zu beantragen. Der Totalbetrag wäre somit CHF 400'000. Voraussetzung für die Auszahlung der zweiten Tranche wäre eine saubere Dokumentation über die Verwendung der ersten CHF 200'000.

Haymo Empl, Winterthur, plädiert für die Ablehnung dieses Antrags.

Es gäbe auf der Welt sehr viel Not und viele Möglichkeiten Gutes zu tun. Er erachtet es als problematisch wenn zu emotional auf etwas Bestimmtes reagiert wird. Er stellt die grosse Not in Syrien in keiner Weise in Frage, sieht aber auch die Not an vielen anderen Orten.

Er findet es angemessen, dem Antrag des Synodalrates zu folgen. Sollte es aus irgendwelchen Gründen Sinn machen, könnte zu einem späteren Zeitpunkt, auf erneuten Antrag des Synodalrates, noch einmal ein Betrag gesprochen werden. Dies jetzt schon miteinander zu verknüpfen findet Haymo Empl nicht gut. Es könnte ja auch sein, dass im nächsten halben Jahr woanders Nothilfe gebraucht würde. Es geht auch darum, solidarisch zu sein.

Der Betrag ist relativ. Wie hoch er auch sein mag, es könnte immer noch mehr sein. Hier geht es darum, ein ausgewogenes Verhältnis zu finden und auch für anderes offen zu sein.

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalrates, stimmt Haymo Empl in der Aussage zu, dass Beträge bis zu einem gewissen Teil immer zufällig sind. Man könnte die Kasse leeren und die Not und das Elend wären immer noch genau gleich. Es bestehen eigentlich nur die Varianten, nichts zu geben oder einen Tropfen auf den heissen Stein. Dr. Benno Schnüriger denkt aber, dass es für Pater Nawras mehr als das sein wird. Mit diesem Betrag kann ihm in seinem täglichen Umgang mit dem Elend in Syrien eine Sorge abgenommen werden.

Grundsätzlich hat Dr. Benno Schnüriger nichts dagegen einzuwenden mehr Geld zu sprechen. Die Überlegung des Synodalrates bei der Festlegung des Betrags war, was sinnvoll ist und womit Pater Nawras' grösste Not gemildert werden kann. Was ihn jedoch am vorliegenden Antrag stört ist, dass Pater Nawras sozusagen der Speck durch den Mund gezogen wird, die Synode jedoch noch einmal entscheiden muss. Dr. Benno Schnüriger denkt, dass man entweder gleich über CHF 400'000 entscheiden müsste, welche in zwei Tranchen ausgezahlt würden, oder die Synode vertraut dem Synodalrat, dass dieser auf die Dezember-Sitzung noch einmal einen Antrag stellt. Es liegt an der Synode, dies zu entscheiden.

Dr. Benno Schnüriger ist überzeugt, dass Pater Nawras jeden Betrag verdient. Wenn die Not sich als immer noch gleich erweist, wird der Synodalrat auf die Dezember-Sitzung noch einmal einen Antrag stellen.

Den Antrag, den Peter Brunner gestellt hat, lehnt Dr. Benno Schnüriger nicht ab, er denkt aber, dass er im Moment nicht hilft.

André Füglistler, Präsident der Synode, stellt eine Verständnisfrage zum Antrag von Peter Brunner: Da jeder das Recht hat, einen Antrag zu stellen, ist André Füglistler der Ansicht, dass der Wortlaut heissen sollte „Er hat das Recht, weitere CHF 200'000 abzurufen unter der Bedingung, dass...“

Peter Brunner bejaht, der Antrag wird entsprechend geändert.

Urs Heinz, Referent der Sachkommission SeSo, findet einen von Pater Kurmann erwähnten Aspekt noch beachtenswert: In der „Rundschau“ des Fernsehens sei kurz über eine Veranstaltung mit Pater Nawras Sammour berichtet worden. Daraufhin seien vermehrt Spenden eingegangen.

Urs Heinz denkt, dass auch mit dieser Sitzung ein Echo geweckt werden könnte, welches gleich viel bewegt wie den Betrag aufzustocken.

Barbara Bösze-Bucher, Zürich-St. Martin, schlägt vor, insgesamt CHF 250'000 zu spenden, und damit die Kosten für einen ganzen Monat zu decken. Wenn CHF 15'000 bereits überwiesen wurden, könnte man jetzt noch CHF 235'000 beschliessen.

Sie übergibt einen entsprechenden Antrag.

Der Synodalrat gibt bekannt, dass er das Wort „einmalig“ aus seinem Antrag streicht.

André Füglistler, Präsident der Synode, schlägt als Abstimmungsverfahren vor, alle drei Anträge einander gegenüberzustellen. Jede und jeder Synodale hat eine Ja-Stimme. Sollte ein Antrag das absolute Mehr erreicht haben, wird über die weiteren nicht mehr abgestimmt. Sollte keiner der Anträge das absolute Mehr erreichen, werden die zwei mit den meisten Stimmen einander gegenübergestellt.

Die Synode stimmt diesem Verfahren stillschweigend zu.

Präsenzkontrolle 14:50 Uhr: 90 Anwesende

7.2.1. Gegenüberstellung Ziffer 1

Antrag Synodalrat:

Dem JRS, Jesuit Refugee Service, wird ein Beitrag von CHF 200'000 ausgerichtet für sein Notfallhilfe-Projekt in Syrien.

Der Antrag erhält 49 Ja-Stimmen, womit das absolute Mehr erreicht ist.

Antrag Peter Brunner, Egg:

Ergänzung zum Antrag des Synodalrates: Die Synode beschliesst, dass Pater Nawras Sammour die Möglichkeit hat, nach 5 Monaten (ca. Ende 2013) eine zweite Unterstützung im Bereich von CHF 200'000 abzurufen. Der Totalbetrag beliefe sich dann auf CHF 400'000. Voraussetzung für die Auszahlung der zweiten Tranche wäre eine saubere Dokumentation über die Verwendung ersten CHF 200'000.

Da der Antrag des Synodalrates bereits das absolute Mehr erreicht hat, wird über diesen Antrag nicht abgestimmt.

Antrag Barbara Bösze-Bucher, Zürich-St. Martin:

Dem JRS, Jesuit Refugee Service, wird ein Beitrag von CHF 235'000 ausgerichtet.

Da der Antrag des Synodalrates bereits das absolute Mehr erreicht hat, wird über diesen Antrag nicht abgestimmt.

Ziffer 2

Der Betrag geht zulasten der Kostenstelle der 652, nicht budgetierte, einmalige Beiträge Synode.

Ziffer 2 wird stillschweigend genehmigt.

Ziffer 3

Als Sponsorenhinweis soll der Vermerk „Katholische Kirche im Kanton Zürich“ verwendet werden.

André Füglister, Präsident der Synode, möchte von Pater Kurmann wissen, ob ein solcher Sponsorenhinweis allenfalls heikel für Pater Sammour sein könnte.

Pater Kurmann verneint.

Ziffer 3 wird stillschweigend genehmigt.

Ziffer 4

Mitteilung an Anne Ziegler, Assistant Regional Director – Middle East North Africa region, middleeast.assistant.director@jrs.net, P. Nawras Sammour SJ, Regional Director – Middle East North Africa region, middleeast.director@jrs.net, Pater Anton Kurmann, Hirschengraben 74, 8001 Zürich, Dr. Benno Schnüriger, Präsident Synodalrat, den Generalvikar und Gaudenz Domenig, Sekretariat Synodalrat, Bereichsleiter Finanzen

Ziffer 4 wird stillschweigend genehmigt.

7.3. Schlussabstimmung

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalrates, dankt für die Annahme des Antrags des Synodalrates zu Ziffer 1. Dieser hätte sich auch mit den CHF 235'000 einverstanden erklärt. Er hat die Botschaft verstanden und wird sich einen zweiten Antrag über CHF 200'000 für die Dezember-Sitzung überlegen. Zuvor wird er aber die Stimmung in der Synode abklären, er fände es unklug, wenn ein solcher Antrag abgelehnt würde.

Die Synode beschliesst mit 89 Ja und 1 Enthaltung:

1. Dem JRS, Jesuit Refugee Service, wird ein Beitrag von CHF 200'000 ausgerichtet für sein Notfallhilfe-Projekt in Syrien.
2. Der Betrag geht zulasten der Kostenstelle der 652, nicht budgetierte, einmalige Beiträge Synode.
3. Als Sponsorenhinweis soll der Vermerk „Katholische Kirche im Kanton Zürich“ verwendet werden.
4. Mitteilung an Anne Ziegler, Assistant Regional Director – Middle East North Africa region, middleeast.assistant.director@jrs.net, P. Nawras Sammour SJ, Regional Di-

rector – Middle East North Africa region, middleeast.director@jrs.net, Pater Anton Kurmann, Hirschengraben 74, 8001 Zürich, Dr. Benno Schnüriger, Präsident Synodalrat, den Generalvikar und Gaudenz Domenig, Sekretariat Synodalrat, Bereichsleiter Finanzen

Pater Toni Kurmann SJ, dankt im Namen von Pater Nawras Sammour, mit dem er am Vortag den letzten E-Mail-Kontakt hatte, von ganzem Herzen für den grosszügigen Beitrag für die notleidenden Menschen in Syrien. Mit der Zustimmung setzt die Synode ein grosszügiges und wichtiges Zeichen der Solidarität. Pater Nawras reist momentan viel in Syrien, im Libanon und in Jordanien um die Hilfe zu koordinieren. JRS ist eine der ganz wenigen internationalen Organisationen, welche in Syrien selber aktiv arbeiten können. Pater Toni Kurmann präsentiert einige Zahlen und Fakten zum Projekt in Syrien: Das Projekt beschäftigt rund 600 Leute, 300 davon sind Muslime, 300 gehören anderen Minderheiten an, dazu gehören auch Christen. Auch wenn es kaum möglich ist, genaue Zahlen zu erhalten, sagt JRS, dass seit Beginn des Konfliktes rund 150'000 Menschen umgekommen sind. 1.5 Millionen Menschen aus Syrien sind Flüchtlinge ausserhalb des Landes, 4.5 Millionen Menschen sind sogenannte Binnenvertriebene, das bedeutet, dass sie keine Flüchtlinge im eigentlichen Sinn sind. JRS versorgt rund 9'000 Familien mit durchschnittlich sieben Mitgliedern mit Lebensmittelpaketen. Pro Tag werden 25'000 Essensrationen verteilt. Gearbeitet wird in den Städten Damaskus, Aleppo und Homs. In der persönlichen Begegnung ist Pater Toni Kurmann aufgefallen, dass sich Pater Nawras von einem professionellen Hilfswerkmitarbeiter darin unterscheidet, dass seine Familie in Aleppo lebt. Wenn er unterwegs ist und Meldungen über Aleppo hört, dann ist das für ihn nicht eine theoretische Nachricht, sondern etwas, was ihn sehr betroffen macht.

Da das syrische Gesundheitswesen weitgehend zusammengebrochen ist und viele Ärzte geflohen sind, hat sich JRS auch darauf spezialisiert, vor allem chronisch Kranken, z.B. Menschen mit Diabetes und Bluthochdruck, eine Minimalversorgung zu ermöglichen. Ebenso wird psychosoziale Hilfe geleistet. Rund 4'800 Kinder aus sunnitischen, alevitischen und christlichen Familien erhalten psychosoziale Betreuung.

Ein weiterer Aspekt, den der gesprochene Beitrag so wertvoll macht ist, dass damit eine Initiative des JRS in Syrien unterstützt wird, welche immer wieder bewusst versucht einen Gegenpol zu setzen. In den Berichterstattungen geht es jeweils um Politik, Macht und Unmöglichkeit. JRS setzt auf christliche Werte und ist für die notleidenden Menschen da. Diese Menschen bestehen nicht aus Zahlen und Statistiken. JRS engagiert sich sehr, dass auch andere Geschichten kommuniziert werden, z.B., dass eine sehr gute Zusammenarbeit von Christen und Muslimen möglich ist.

Pater Nawras war in den letzten 24 Monaten mindestens drei Mal in Zürich. Die Jesuiten hier versuchen ihn zu unterstützen, sei es durch Suchen und Finden von Geld der eigenen Spender, oder, sehr wichtig, mit Brücken bauen zu anderen Geberorganisationen. Aus diesem Blickwinkel dankt Pater Toni Kurmann, dass der Brückenbau zur Synode der Katholischen Kirche im Kanton Zürich möglich geworden ist.

Die chaotische Lage fordert Pater Nawras auch darin heraus, die Spendengelder ins Land zu bringen. Er hat berichtet, dass im Grunde genommen Banküberweisungen nach Syrien von libanesischen Banken aus in Euro noch möglich sind. Wenn er aber selber mit der grossen Geldtasche über die Grenze reist, kann er mit einem 15 Prozent besseren Kurs arbeiten. Hier besteht aber dann das Problem, dass er den Hilfsorganisationen die gewünschten Belege nicht liefern kann.

Pater Toni Kurmann dankt noch einmal ganz herzlich.

8. Rechnung 2012 der Zentralkasse

Der Bericht und Antrag des Synodalrates vom 8. April 2013 wurde am 30. Mai 2013 verschickt, der Antrag und Bericht der Finanzkommission wurde am 13. Juni 2013 zugestellt. Angehängt an den Antrag und Bericht der Finanzkommission war die „Kostenkontrolle PAZ Neubau“.

Die Berichte des Synodalrats und der Finanzkommission sind identisch und lauten:

Die Synode beschliesst:

1. Die Rechnung 2012 der Zentralkasse mit einem Ertrag von CHF 54'640'435.26 und einem Aufwand von CHF 50'186'511.83 sowie einem Ertragsüberschuss von CHF 4'453'923.43 wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss von CHF 4'453.923.43 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

André Füglister, Präsident der Synode, erklärt, dass der Teil des Berichtes der Finanzkommission, der über die Projekt- und Kostenkontrolle Neubau Paulus-Akademie Auskunft gibt, unmittelbar nach der Abstimmung über die Rechnung behandelt wird.

Da das Eintreten auf die Jahresrechnung zwingend ist, wird keine Eintretensdebatte geführt.

8.1. Detailberatung

Josef Annen, Referent der Finanzkommission, äussert sich an dieser Stelle zu allgemeinen Punkten in der Rechnung, zu spezifischen Einzelheiten wird er nur Stellung nehmen, falls die Situation es erfordert.

Wieder liegt ein erfreulicher Rechnungsabschluss vor, der aber den Schönheitsfehler hat, dass er besser ist als budgetiert. Die Finanzkommission fände es ideal, wenn das Budget genau getroffen würde, stimmt aber mit dem Synodalrat überein, dass es besser ist, über als unter dem Budget zu liegen. Deshalb ist eine konservative Art der Budgetierung auch von der Finanzkommission aus durchaus gewünscht. Wichtig ist aber auch, mit der Vorsicht nicht zu übertreiben und auch hier mit Augenmass zu arbeiten.

Das gute Ergebnis wird ein wenig relativiert, wenn man die Bauvorhaben anschaut. Wäre alles planmässig realisiert worden, würde die Rechnung um über eine Million schlechter ausfallen. Allein schon die Abschreibungen des Bauprojekts an der Pfingstweidstrasse sind aufgrund der baulichen Verzögerung eine knappe halbe Million tiefer als budgetiert. Zudem haben die Verschiebung der Unterhaltsarbeiten im Pfarreizentrum der Mission Française und der Liegenschaft an der Schienhutgasse den Aufwand um etwa CHF 600'000 verbessert. Diese Ausgaben werden in den Folgejahren anstehen.

Bei den Liegenschaften besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf, der sich über die Jahre angestaut hat. Sie werden älter und die durchgeführten Unterhaltsarbeiten können das nicht kompensieren. Der Synodalrat hat sich vorgenommen, den Stau in einem längerfristigen Programm abzubauen. Das betrifft vor allem drei Liegenschaften: An der Friedaustasse ist eine Gesamtsanierung in Prüfung, an der Birmensdorferstrasse sind grössere Umbauten geplant und an der Neptunstrasse ist eine Umnutzung geplant, sobald die Liegenschaft an der Pfingstweidstrasse bezogen ist. Diese Massnahmen sind erforderlich, damit auch der Wert der Liegenschaften erhalten bleibt und so die Mietzin-

se langfristig gesichert werden können. Liegenschaften, die man vergammeln lässt, werden zum Verlustgeschäft. Die Finanzkommission zählt darauf, dass die entsprechenden Arbeiten zügig voran gehen.

Die Finanzkommission vertritt die Meinung, dass Geld ausgegeben und nicht eingespart werden soll – also, sie sagt immer wieder, dass man sparen muss, aber eben an sinnvoller Stelle auch ausgeben. Sie schaut nicht nur auf die Kosten, sondern auf den Nutzen und die erwünschte Wirkung im Sinne einer lebendigen Kirche oder auch in dem Sinn, dass die Infrastruktur für diese Kirche à jour gehalten werden kann. Selbstverständlich macht sie auch auf Möglichkeiten aufmerksam, wo Geld eingespart werden kann. Was zählt ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Ein besonderes Beispiel wurde im Bericht erwähnt. Die Finanzkommission hält anerkennend fest, dass der budgetierte Betrag für Personalförderung abgeschöpft, genau genommen sogar um CHF 20'000 bzw. 22% überzogen wurde. Dies wird als Ausdruck einer intensiven Weiterbildung der Mitarbeitenden gewertet. Der Wille und die Möglichkeit zur professionellen und persönlichen Weiterentwicklung sind unverzichtbar, vor allem in einer Organisation, in der ein grosser Teil vom Personal abhängt. Das Personal, die freiwillig und die ehrenamtlich Tätigen – es geht immer um diese drei Gruppen – müssen sich dauernd à jour halten um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Sie sind schliesslich der grösste Wert der Organisation, auch wenn man diesen nicht in Franken ausdrücken kann.

Dr. Franz Germann, Synodalrat, freut sich über den guten Rechnungsabschluss; statt des budgetierten Ertragsüberschuss von CHF 3 Mio. resultiert einer von gut CHF 4.4 Mio., gleichzeitig muss er diesen aber etwas relativieren.

Im Bericht ist unter der Auflistung von „Minderaufwand/Mehrertrag“ ersichtlich, dass total mehr als CHF 1.2 Mio. aus Bauvorhaben resultieren, welche zwar budgetiert waren, aber noch nicht ausgeführt wurden. Diese Minderausgaben sind also lediglich aufgeschoben und kommen im laufenden oder im nächsten Jahr zum Tragen. Die Verbesserung der Rechnung ist also in diesem Punkt nur vorübergehend. Wenn man dies berücksichtigt, sieht es mit dem Budgetertragsüberschuss ganz anders aus.

Auf der anderen Seite hat es die gute Finanzlage der Körperschaft der Synode ermöglicht, im Rechnungsjahr zwei nicht budgetierte Beiträge zu beschliessen, nämlich CHF 2 Mio. an den Neubau der Katholischen Schulen im Kreuzbühl und CHF 500'000 an die Renovationskosten im Kloster Fahr.

Erfreulich ist auch der Stand des Eigenkapitals von jetzt CHF 37 Mio. Dies wird im rollenden Finanzplan, der im Dezember der Synode vorgelegt wird, berücksichtigt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit kann dank diesem Stand des Eigenkapitals der Neubau der Paulus-Akademie an der Pflingstweidstrasse ohne Fremdkapital finanziert werden.

Dr. Franz Germann möchte auf zwei Punkte im Bericht der Finanzkommission aufmerksam machen.

Im Bericht steht: „Es ist erstaunlich, dass der Ertrag trotz höherer Beiträge der Kirchgemeinden (+ ca. CHF 1.1 Mio.) abnimmt.“ Dieser Satz ist nach Ansicht von Dr. Franz Germann zumindest irreführend. Die Beiträge der Kirchgemeinden haben 2012 nicht um CHF 1.1 Mio. zugenommen, sondern nur um CHF 0.3 Mio. und der Ertrag der Rechnung hat nicht abgenommen, wie man hier meinen könnte, sondern zugenommen, und zwar um gut CHF 2 Mio.

Irreführend ist im Bericht der Finanzkommission auch der letzte Satz: „Die Erklärung liegt darin, dass im Finanzausgleich ca. 1.4 Mio. weniger als budgetiert benötigt wurden.“ Der Finanzausgleich hat keinen Einfluss auf die Rechnung, er wird ausschliesslich von den finanzstarken Kirchgemeinden finanziert. Dies ist auch in der Rechnung 2012 der Zentralkasse unter der Kostenstelle 730 ersichtlich. Aufwand und Ertrag, nämlich

Normaufwandausgleich und Steuerkraftabschöpfung, sind völlig identisch und der Saldo ist 0.

Abschliessend dankt Dr. Franz Germann den Angestellten der Finanzabteilung für die sorgfältige Rechnungsführung.

Für allfällige Fragen zu den einzelnen Positionen werden die entsprechenden ressortverantwortlichen Synodalrätinnen und Synodalräte zur Verfügung stehen.

Josef Annen, Referent der Finanzkommission, wurde aufgefordert, zu diesen Aussagen Stellung zu nehmen. Er nimmt eine Tabelle zu Hilfe, welche die Finanzkommission erhalten und analysiert hat.

Er denkt, dass Dr. Franz Germann und der Bericht, den die Finanzkommission vorlegt nicht vom Gleichen sprechen. Man ist sich soweit einig, dass der erzielte Überschuss CHF 1.4 Mio. über dem Voranschlag liegt. Die Differenz erklärt sich folgendermassen: Die Erträge sind tiefer. Der Finanzkommission ist aufgefallen, dass im Voranschlag ein Ertrag von CHF 54'921'000 aufgeführt war, der effektive Ertrag CHF 54'640'000 betrug, also rund CHF 300'000 weniger. Das hat sie stutzig gemacht, weshalb sie dies erwähnen wollte. Es war nicht real weniger, aber finanztechnisch, weil der Finanzausgleich CHF 1,4 Mio. weniger Umsatz gemacht hat. Die Finanzkommission stimmt mit Dr. Franz Germann überein, dass der Finanzausgleich ein Nullsummenspiel ist, aber sowohl Ertrag wie auch Aufwand sind um CHF 1,4 Mio. gesunken. Aus diesem Grund ist der Gesamtertrag jetzt tiefer als budgetiert.

Die einzelnen Rubriken werden zur Diskussion gestellt.

Sabina Hayoz, Rickenbach-Seuzach, möchte grundsätzlich anregen, Minderausgaben kurz zu kommentieren. Auch wenn es sich um relativ kleine Posten handelt, sind die Ausgaben zum Teil 20% unter dem Budget. Möchte man dafür eine Begründung finden, muss man detailliert im Jahresbericht nachlesen, ob eventuell eine Stelle nicht besetzt wurde oder was sonst der Grund dafür sein könnte.

Kst. 262 – Pränatale Diagnostik

Peter Brunner, Egg, möchte gerne wissen, wofür dieses Geld genau eingesetzt wird.

Dr. Josef Annen, Generalvikar (in Vertretung des krankheitshalber abwesenden Pfr. Luzius Huber), weiss lediglich, dass es sich um eine Beratungsstelle handelt, die über alle Techniken rund um die pränatale Diagnostik aufklärt.

Angela Bühler, Zürich-St. Gallus, zitiert aus dem „Glossar zu Voranschlag und Rechnung“: Der Verein „Unterstützung der Beratung und Entscheidungsfindung im Umgang mit der pränatalen Diagnostik“ fördert eine ganzheitliche Beratung und die kritische Information und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die vielfältigen Probleme der vorgeburtlichen Untersuchungen. Er betreibt in Zürich eine Drehscheibe, die mit 30 Stellenprozenten betreut wird. Grösstenteils wird aber ehrenamtlich gearbeitet. Finanziert wird der Verein über Beiträge der evangelisch-reformierten Landeskirche und der katholischen Körperschaft, sowie von Spenden und Mitgliederbeiträgen. Konfessionell und politisch neutral ist der Verein einem christlichen Menschenbild verpflichtet.

Kst. 270 – Spital- und Klinikseelsorge

Max Raemy, Zürich-St. Franziskus, möchte wissen, aus welchem Grund unter der Position „Sachaufwand“ 45%, d.h. rund CHF 90'000 weniger ausgewiesen sind als budgetiert.

Rolf Bezjak, Synodalrat, muss für eine ausführliche Antwort genau nachschauen. Er weiss, dass z.B. ein Raum der Stille geplant war, der nicht eingerichtet wurde.

Am Ende der Sitzung gibt Rolf Bezjak dazu folgende Erklärung: Die Differenz beinhaltet die Budgetierung und Nichtrealisierung eines Raums der Stille in Bülach und die Gedenkstätte im Kinderspital. Zudem sind bei der Anschaffung von Mobiliar, Maschinen usw. weniger Kosten entstanden als budgetiert wurden.

Kst. 340 – Portugiesenseelsorge

Max Raemy, Zürich-St. Franziskus, fragt, weshalb Ausgaben in der Höhe von CHF 61'000 budgetiert waren und man rund das Doppelte, CHF 130'000, ausgegeben hat.

Franziska Driessen-Reding, Synodalrätin, erklärt, dass neue grössere Räumlichkeiten an der Fellenbergstrasse bezogen wurden. Hier hat die Mission nun endlich Platz und auch noch Zimmer für Katechese. Für diese Ausgabe wurde dem Synodalrat ein spezieller Antrag gestellt und die Finanzkommission wurde darüber informiert. Zuvor war die Portugiesenmission in einer kleinen Wohnung an der Birmensdorferstrasse mit drei Zimmern in einem Dachgeschoss untergebracht, wo nicht einmal genug Platz vorhanden war um Leute zu empfangen.

Kst. 410 – Caritas Zürich

Elmar Weilenmann, Wetzikon, ist aufgefallen, dass hier CHF 241'000 korrigiert wurden, welche im Jahresbericht 2011 der Caritas weniger ausgewiesen worden waren. Begründet hat man dies mit unerwarteten Einsparungen bei der Caritas. In den früheren Jahren war diese Position in beiden Berichten immer korrekt wiedergegeben.

Nun hat die Körperschaft diese Differenz in der Abrechnung 2012 korrigiert, der Caritas also weniger überwiesen, als im Budget vorgesehen war. Im Jahresbericht der Caritas hätte demzufolge auch eine Korrektur erscheinen müssen, und die zurückgestellten Gelder hätten als Mehreinnahme erscheinen müssen, womit die Differenz behoben gewesen wäre. Dies ist aber nicht der Fall. Offenbar sind bei der Caritas noch immer CHF 210'400 zurückgestellt, obwohl kein Mangel an flüssigen Mitteln zu erkennen ist.

Im Budget 2013 der Körperschaft ist der Caritas nebst dem üblichen Beitrag von 1'875'000 noch ein zusätzlicher über CHF 321'300 zugesprochen worden. Nun wird auch unsere Rechnung 2013 erneut eine Einsparung ausweisen müssen.

Elmar Weilenmann möchte wissen, ob diese zu viel überwiesenen Gelder nicht mit der Abrechnung 2013 ausgeglichen werden können.

Dr. Franz Germann, Synodalrat, nimmt in Stellvertretung von Pfr. Luzius Huber dazu Stellung.

Er stimmt zu, dass es irritiert, wenn die Beträge, welche in der Rechnung der Körperschaft als Beitrag an die Caritas Zürich und derjenige, der in der Rechnung der Caritas Zürich als Beitrag von der Körperschaft angegeben sind, nicht übereinstimmen.

Der Beitrag der Körperschaft sind sogenannte Bereitstellungskosten. Die Körperschaft finanziert damit die Kosten für den Betrieb der Caritas, d.h. die Lohnkosten, den Sachaufwand, die Administration usw. Dies ermöglicht der Caritas, alle Spenden ungekürzt

den karitativen Zwecken zuzuführen, was für sie auch einen grossen Wettbewerbsvorteil bedeutet.

Die Bereitstellungskosten sind zweckgebunden. Die Synode beschliesst jeweils mit dem Subventionsbeschluss einen fixen Beitrag von CHF 1'884'400 pro Jahr für drei Jahre. Caritas braucht jedoch kaum einmal genau diesen Betrag. Bleibt etwas übrig, zahlt die Caritas der Körperschaft die Differenz zurück. Die Rückzahlung wird jedoch von der Caritas und der Körperschaft nicht im gleichen Jahr verbucht, was zu der festgestellten Differenz führt.

Anhand von Vergleichen belegt Dr. Franz Germann, dass die von Elmar Weilenmann festgestellten Unterschiede genau mit den Rechnungen übereinstimmen.

Willy Kaufmann, Kloten, möchte als Mitglied der Sachkommission BiMeSo den bewundernswerten rigorosen Sparkurs der Caritas bei den Betriebskosten, trotz der komfortablen Situation, erwähnen. Er kennt andere Service Public-Institutionen, welche im November noch Projekte suchen um das Budget auszuschöpfen.

Kostenstellen 0 – Liegenschaften (Allgemein)

Max Raemy – Zürich-St. Franziskus, hat bei verschiedenen Liegenschaften festgestellt, dass der Sachaufwand gegenüber dem Voranschlag massiv unterschritten wurde und möchte eine Erklärung dafür.

Grundsätzlich ist er der Meinung, dass die vorliegende Rechnung nicht ganz transparent ist. Er schlägt vor, in Zukunft auf der gegenüberliegenden leeren Seite Positionen, welche den Voranschlag um 25%, bzw. einen noch festzulegenden festen Betrag, unter- oder überschreiten, zu kommentieren. Dies würde dem Aufsichtsgremium ermöglichen, sich selber ein Urteil zu bilden.

Dr. Zeno Cavigelli, Synodalarat, ist grundsätzlich offen für die gewünschten Begründungen. Diese müssten jedoch einheitlich über alle Ressorts vorgenommen werden, was eine genaue Absprache voraussetzt. Es braucht Überlegungen, wie man dies ändern kann, ohne zu formalistisch zu werden.

Vor allem im Bauwesen wird grundsätzlich immer vorsichtig budgetiert um vor unliebsamen Überraschungen geschützt zu sein. Zudem liegt der Zeitpunkt der Budgetierung teilweise weit vor der geplanten Ausführung und als Grundlage dient eine Kostenschätzung. Gewisse Projekte kommen sodann nicht so teuer wie befürchtet, andere Vorhaben wurden auf das nächste Jahr verschoben. Dies begründet die erwähnten Kostenunterschreitungen. Differenzen sind nicht vermeidbar.

8.2. Schlussabstimmung

Die Synode beschliesst einstimmig mit 89 Ja:

1. Die Rechnung 2012 der Zentralkasse mit einem Ertrag von CHF 54'640'435.26 und einem Aufwand von CHF 50'186'511.83 sowie einem Ertragsüberschuss von CHF 4'453'923.43 wird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss von CHF 4'453.923.43 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Dr. Franz Germann, Synodalarat, dankt für die Genehmigung der Rechnung.

Projekt- und Kostenkontrolle Neubau Paulus-Akademie Zürich

Josef Annen, Referent der Finanzkommission, erinnert daran, dass die Synode die Finanzkommission beauftragt hat, im Rahmen des Voranschlags und der Jahresrechnung den Stand des Bauprojektes an der Pfingstweidstrasse zu beleuchten und darüber zu berichten.

Der Synodalrat hat Bericht erstattet indem er eine Reihe von Unterlagen geliefert hat. Unter anderem waren dies Baupläne, ein Terminplan, der Kostenvoranschlag und eine Kostenprognose. Darauf hat die Finanzkommission ihre Arbeit gestützt. Am 14. Mai 2013 hat sich die Finanzkommission von Zeno Cavigelli und dem Kostenplaner orientieren lassen. In einem informativen und konstruktiven Gespräch wurden Fragen beantwortet.

Leider wurden nicht alle versprochenen Unterlagen geliefert, weshalb die Finanzkommission gewisse Zahlen für den Bericht selber berechnet und geschätzt hat. Wenn auch die Berechnungen auf die erhaltenen Unterlagen basieren, ist die Situation nicht ganz befriedigend. Die Finanzkommission wird sich mit dem Synodalrat noch über die unterlassene Auskunft unterhalten. (Die selber berechneten Zahlen sind mit einem Sternlein versehen.) Trotzdem ist die Finanzkommission der Meinung, dass man sich mit den vorliegenden Informationen ein Bild machen kann.

Anhand eines Beispiels möchte Josef Annen das Vorgehen der Finanzkommission erklären:

Vom Synodalrat und dem Kostenplaner erhielt die Finanzkommission einen Kostenvoranschlag über CHF 17.3 Mio. Da die Synode ein Jahr zuvor einen Kredit von CHF 17.0 Mio. bewilligt hatte, wollte die Finanzkommission diesen Betrag etwas durchleuchten. Sie nahm die CHF 17.0 Mio. als Basis um alle weiteren Kosten und Kostenstände zu messen. Um auf einen teuerungsbereinigten Kredit zu gelangen, hat sie eine Teuerung von CHF 100'000 dazugeschlagen, was CHF 17.1 Mio. ergibt. Damit ist der Teuerungsstand von April 2012 berücksichtigt. – Nachdem der Bericht bereits abgeschlossen war, wurde der Teuerungsstand von April 2013 bekannt. – Der Index wird nur einmal im Jahr berechnet und ist jeweils im Juni verfügbar. – Auch wenn dieser nicht mehr berücksichtigt wurde, möchte Josef Annen erwähnen, dass damit die Teuerung eigentlich schon wieder aufgehoben worden ist, da zwischen 2012 und 2013 im Bausektor eine negative Teuerung stattgefunden hat. In diesem Sinne rechnet die Finanzkommission zu gut, was in der nächsten Rechnung sicher korrigiert wird.

Die vorgelegte Kostenprognose hat CHF 17.3 Mio. ausgewiesen, genau wie die Kostenbasis. Dies hat die Finanzkommission misstrauisch gemacht und sie hat überprüft, was alles eingerechnet worden ist. Dabei hat sie festgestellt, dass zwei grössere Sachen, die mobile Trennwand im Saal und die Garagenparkplätze, aus der Kostenrechnung entfernt wurden, obwohl diese in verschiedenen Vorlagen an die Synode explizit aufgeführt waren. Auch wenn der Betrag für die Trennwand der Synode nicht bekannt war, konnte die Finanzkommission aus den Unterlagen nachvollziehen, dass sie mit CHF 100'000 sehr nahe an der Wahrheit liegt. Die Garagenplätze sind in den vorliegenden Unterlagen explizit mit CHF 200'000 ausgewiesen.

Diese Sachen wurden herausgestrichen, ohne einen Hinweis, dass es billiger würde. Zudem ist die Finanzkommission zum Schluss gelangt, dass diese Einsparungen nicht realisierbar sind; teilweise stecken dahinter sogar Verpflichtungen von Seiten der Baubewilligung. Es wird kaum möglich sein, sich der Verpflichtung von Pflichtparkplätzen zu entziehen. So gesehen handelt es sich nicht um Einsparungen, sondern lediglich um verschobene Kosten.

Wenn man nun diese CHF 300'000 zur Kostenprognose hinzufügt, beläuft sie sich auf CHF 17.6 Mio., was rund ½ Mio. mehr ausmacht als der gesprochene Kredit und eine

Überschreitung um 2.9% bedeutet. Aus Sicht der Finanzkommission ist dies nicht alarmierend und es besteht auch kein Grund, in Panik zu verfallen. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass seit dieser Kostenberechnung erst ein Jahr vergangen ist und mit dem Bau noch nicht begonnen wurde. Bei einer optimistisch Annahme von einer Bauzeit von 2½ Jahren, sind noch etliche Risiken und Kostentreiber zu überwinden. Es gilt, bereits jetzt wachsam zu sein und ein Auge darauf zu werfen.

Der Finanzkommission ist es ein Anliegen, Transparenz zu schaffen.

Dr. Zeno Cavigelli, Synodalrat, bedankt sich für den Bericht.

Da konkret baumässig noch nicht viel passiert ist, ist er überzeugt, dass die Berichte des Synodalrates an die Finanzkommission in Zukunft spannender sein werden.

9. Teuerungsausgleich auf den 1. Januar 2014

Der Bericht und Antrag des Synodalrates vom 18. März 2013 wurde am 30. Mai 2013 verschickt, der Bericht und Antrag der Finanzkommission vom 6. Mai 2013 wurde am 30. Mai 2013 zugestellt.

Die Berichte des Synodalrats und der Finanzkommission sind identisch und lauten:

Die Synode beschliesst:

1. Dem Personal wird auf den 1. Januar 2014 kein Teuerungsausgleich gewährt. Damit bleibt der Indexstand bis zu einem Stand von 115.1 Punkten ausgeglichen.
2. Mitteilung an den Synodalrat für sich und zuhanden der römisch-katholischen Kirchengemeinden des Kantons Zürich und die kirchlichen Organisationen im Kanton Zürich, für welche die Anstellungsordnung der römisch-katholischen Körperschaft gilt, sowie an Generalvikar Dr. Josef Annen.

Angela Bühler, Referentin der Finanzkommission, berichtet, dass die Finanzkommission am 16. April 2013 den zuständigen Ressortleiter, Karl Conte, eingeladen und mit ihm eingehend besprochen hat, warum das Personal auf den 1. Januar 2014 keinen Teuerungsausgleich erhalten soll.

Zum letzten Mal hat die Synode im Jahr 2011 per 1. Januar 2012 einen Teuerungsausgleich beschlossen, womit die Teuerung bis zum Indexstand von 115.1 Punkten ausgeglichen wurde. Der effektive Indexstand per Ende 2012 betrug 112.9 Punkte; somit wurde aufgrund der Volatilität der Wirtschaft 1.95% zu viel Teuerung ausgeglichen.

Als Berechnungsgrundlage gilt jeweils der Index per Ende Dezember des jeweiligen Jahres. Von Dezember 2011 bis Dezember 2012 betrug die Teuerung minus 0.35%. Angela Bühler weist darauf hin, dass die Krankenkassen- und Versicherungsprämien nicht in diesem Warenkorb enthalten sind, obwohl sie regelmässig erhöht werden.

Der Synodalrat orientiert sich jeweils an den Prognosen der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Für das Jahr 2013 geht man zurzeit von einer Teuerung von minus 0.01% aus, jedoch variieren diese Zahlen jeden Monat. Für 2014 belaufen sich die Prognosen zurzeit auf plus 0.2%. Sollte die Teuerung im Laufe eines Jahres entgegen den Erwartungen und Prognosen stark ansteigen, kann sie jeweils im Folgejahr ausgeglichen werden.

Angela Bühler möchte noch erwähnen, dass es verschiedene Berechnungen zum Indexstand gibt. Die Finanzkommission hat dies auch schon zum Thema gemacht und kam zum Schluss, dass es letztlich nicht darauf ankommt, welche Indexreihe angewendet wird. Es zählt lediglich die Vergleichbarkeit der Entwicklung der Teuerung. Seit der Ein-

führung der Anstellungsordnung 1998 hat die Körperschaft den Zürcher Index der Konsumentenpreise auf der Basis 1993 = 100 Punkte angewendet. Aus diesen Überlegungen stimmt die Finanzkommission dem Antrag des Synodalrates zu.

Karl Conte, Synodalrat, stimmt den Ausführungen von Angela Bühler zu.

Es ist ihm ein Anliegen, dem möglichen Eindruck entgegen zu wirken, dass mit der Zustimmung zum Antrag das Personal bestraft würde. Hier wird über den Teuerungsausgleich abgestimmt, welcher eine personal- und eine wirtschaftspolitische Komponente beinhaltet. Dem Personal soll die Kaufkraft erhalten bleiben und für die Wirtschaft ist der Konsum wichtig.

Das Personal in der Katholischen Kirche ist nach Ansicht von Karl Conte verhältnismässig gut gestellt. Sehr viele Mitarbeitende profitieren von einem Stufenanstieg und dieser schenkt wesentlich mehr ein als wenig mehr Teuerung.

Somit braucht niemand ein schlechtes Gewissen zu haben dem Antrag des Synodalrates zuzustimmen, worum Karl Conte bittet.

9.1. Schlussabstimmung

Die Synode beschliesst mit 88 Ja und 1 Enthaltung:

1. Dem Personal wird auf den 1. Januar 2014 kein Teuerungsausgleich gewährt. Damit bleibt der Indexstand bis zu einem Stand von 115.1 Punkten ausgeglichen.
2. Mitteilung an den Synodalrat für sich und zuhanden der römisch-katholischen Kirchengemeinden des Kantons Zürich und die kirchlichen Organisationen im Kanton Zürich, für welche die Anstellungsordnung der römisch-katholischen Körperschaft gilt, sowie an Generalvikar Dr. Josef Annen.

10. Römisch-katholische Körperschaft des Kantons Zürich. 50 Jahre Jubiläum 2013. Rahmenkredit Sozialdiakonie

Der Bericht und Antrag des Synodalrates vom 8. April 2013 wurde am 30. Mai 2013 verschickt, der Bericht und Antrag der Sachkommission Bildung Medien Soziales (BiMeSo) vom 11. Juni 2013 wurde am 13. Juni 2013 zugestellt.

Die Berichte des Synodalrats und der Sachkommission Bildung Medien Soziales sind identisch und lauten:

1. Aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich wird als Zeichen des Dankes an die Bevölkerung des Kantons Zürich im Sinne des vorgelegten Berichtes ein Rahmenkredit Sozialdiakonie im Gesamtbetrag von CHF 1.2 Mio. gesprochen.
2. Die Ausgaben gehen zulasten der Kostenstelle 946 (Jubiläum 50 Jahre Körperschaft), werden für die Jahre 2014, 2015, 2016 und 2017 in Tranchen à je CHF 300'000 ordentlich budgetiert und im jeweiligen Rechnungsjahr entsprechend gebucht.
3. Jeweils auf die Zeit nach den Herbstferien informiert der Synodalrat die Geschäftsleitung der Synode mittels Faktenblättern je zu unterstützendes sozialdiakonisches Projekt/Angebot: die Geschäftsleitung der Synode leitet diese Faktenblätter mit Blick

auf die Gespräche und Mitberichte zum Voranschlag an die Finanzkommission und die Kommission Bildung-Medien-Soziales weiter und macht sie mit Blick auf die Behandlung des Voranschlages durch die Synode allen Synodalen zugänglich.

4. Mitteilung an den Synodalrat, den Generalvikar, den Generalsekretär des Synodalrates, den Bereichsleiter Finanzen im Sekretariat des Synodalrates sowie die Kommunikationsverantwortlichen von Synodalrat und Generalvikariat.

10.1. Eintretensdebatte

Willy Kaufmann, Referent der Sachkommission BiMeSo, teilt mit, dass die Kommission die Tatsache sehr würdigt, dass sich der Synodalrat nach einem ziemlich gespannten Beginn der Diskussion auf den Weg eines gemeinsamen Gedankenganges begeben hat. Es geht um die Bewahrung der Breitenidee, feiern, danken und Solidarität zeigen. Die Sachkommission BiMeSo bekam vom Synodalrat rechtzeitig überzeugende Unterlagen. Bei der Auswahl der Projekte wurden die etablierten Richtlinien, welche vorausgeschickt worden waren, eingehalten.

Deshalb hat sich die Kommission auch noch kurz mit der Kommunikation in diesem Zusammenhang befasst. Sie ist zur Überzeugung gelangt, dass es auch Aufgabe der Synodalen ist, in den jeweiligen Kirchgemeinden, wo die Projekte durchgeführt werden, dafür besorgt zu sein, dass in Lokalseiten, Lokalblättern usw. darüber berichtet wird. Der Synodalrat hat informiert, dass er selber Pressefahrten an diese Orte organisieren wird sobald die Projekte anlaufen und illustriert werden können, was die Sachkommission BiMeSo sehr befürwortet.

Sie möchte aber auch an die Synodalen appellieren, in ihren Kirchgemeinden und Pfarreien Möglichkeiten zu ergreifen, auf die Leistungen dieser Projektträger hinzuweisen, die jede Unterstützung verdienen.

Die Sachkommission BiMeSo empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalrats, freut sich speziell über den Satz im Bericht der Sachkommission BiMeSo „Es ist ihm (dem Synodalrat) gelungen den Willen der Synode mit Mass und Umsicht in einem schlankeren, überzeugenden Konzept umzusetzen, das die Kernaussagen des Jubiläumsjahres zum Ausdruck bringt: der Zürcher Bevölkerung, namentlich der nichtkatholischen, Dank sagen und ihren Hilfebedürftigen etwas zurückgeben.“ Das zeigt, dass man nach anfänglichen Schwierigkeiten einen Konsens gefunden hat.

Die ersten drei Projekte wurden an der Medienkonferenz vom 31. Mai 2013 präsentiert. Auch wenn gewisse Äusserungen von Regierungsrat Martin Graf das Ganze etwas überschattet haben, ist die Botschaft in verschiedenen Berichten gut angekommen.

Dr. Benno Schnüriger stimmt den Äusserungen von Willy Kaufmann bezüglich Kommunikation uneingeschränkt zu.

Die unterstützten Projekte sind sehr lokal angesiedelt. Eines in der Pfarrei St. Josef in Zürich, eines in Riedikon-Uster und eines in Rorbas-Freienstein. Es ist geplant, im Herbst mit interessierten Journalisten alle drei Orte zu besuchen und zu zeigen, was konkret unterstützt wird. Das Mittagessen wird in Rorbas-Freienstein eingenommen, wo schwierige Jugendliche betreut werden und unter anderem gemeinsam mit einem Profikoch einen Mittagstisch führen. Dr. Benno Schnüriger hofft, bei diesen Besichtigungen auch die Vertreterinnen und Vertreter der betreffenden Kirchgemeinden anzutreffen.

Er bittet darum, den Antrag des Synodalrates zu unterstützen.

Andreas Doll, Referent der Finanzkommission, eröffnet sein Referat mit den Worten von Martin Vogt im Vorwort des Büchleins von Abt Martin Werlen „Miteinander die Glut unter der Asche entdecken“: „Feiern macht Sinn, weil wir dankbar sind.“ In diesem Sinn würdigt und verdankt er die Arbeit des Synodalrates zur Revision des Jubiläumsantrages.

Die Finanzkommission befürwortet den Antrag der Sachkommission BiMeSo und des Synodalrates, weil ein wesentlicher Anteil des Jubiläumsbudgets in sozial-diakonische Projekte investiert wird und der vorliegende Antrag auch der Stellungnahme der Finanzkommission Rechnung trägt, welche vor ziemlich genau einem Jahr zum Ursprungsantrag verfasst worden war.

Andreas Doll fordert die Synodalen zudem auf, auch am Züri-Fest mitzufeiern.

Dr. Thomas N. Stemmler, Kilchberg, erinnert daran, dass die Sachkommission BiMeSo sich sehr intensiv mit dem ursprünglichen Antrag des Synodalrates befasst hatte, welcher dann zurückgezogen wurde. Einen Punkt aus dem Antrag der Sachkommission BiMeSo möchte er an dieser Stelle erwähnen: Unter dem Titel „Was feiern wir eigentlich?“ steht geschrieben: „In Erinnerung gerufen sei jedoch das historische Faktum, dass es eine öffentlich-rechtliche Anerkennung schon 1863 gab; das damalige katholische Kirchengesetz anerkannte die bisherigen Kirchgemeinden und legte die Verpflichtungen des Staates fest. [...] Das Jahr 1873 war dann jedoch ein Schicksalsjahr. Das Unfehlbarkeitsdogma des ersten vatikanischen Konzils war nicht vereinbar mit der demokratischen und liberalen Zürcher Kultur. Die Kirchgemeinde Zürich löste sich von Rom. Die romtreuen Katholiken zogen sich zurück und organisierten sich auf privat-rechtlicher Basis. Es entstand der sogenannte Milieukatholizismus. - 100 Jahre später, im Jahre 1963, erfolgte dann die (erneute) staatliche Anerkennung – und diese feiern wir 2013. Diese führte zur dualen Struktur der Kirche im Kanton Zürich: eine Organisation auf demokratischer Basis und einer hierarchischen – der sogenannten innerkirchlichen Organisation. Beide zusammen sind die Kirche.“

Dr. Thomas N. Stemmler hofft, dass die bereits erwähnten Misstöne nicht die Dispute mit Chur zum Zeitpunkt des Jubiläums wieder anfachen. An dieser Stelle möchte er noch einmal an die Schriftliche Anfrage bezüglich der Gründung des Bistums Zürich erinnern, welche 2011 von den Präsidien der ständigen Kommissionen eingereicht worden war. Die Antwort des Synodalrats enthielt die Aussage, dass der damalige Bischof bestätigt hätte, diesen Antrag in der Bischofkonferenz eingebracht zu haben. Dr. Thomas N. Stemmler ist der Ansicht, dass diese Anfrage durch das Jubiläum eine gewisse Aktualität erhält.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

10.2. Detailberatung

Ziffer 1

Aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich wird als Zeichen des Dankes an die Bevölkerung des Kantons Zürich im Sinne des vorgelegten Berichtes ein Rahmenkredit Sozialdiakonie im Gesamtbetrag von CHF 1.2 Mio. gesprochen.

Ziffer 1 wird stillschweigend genehmigt.

Ziffer 2

Die Ausgaben gehen zulasten der Kostenstelle 946 (Jubiläum 50 Jahre Körperschaft), werden für die Jahre 2014, 2015, 2016 und 2017 in Tranchen à je CHF 300'000 ordentlich budgetiert und im jeweiligen Rechnungsjahr entsprechend gebucht.

Ziffer 2 wird stillschweigend genehmigt.

Ziffer 3

Jeweils auf die Zeit nach den Herbstferien informiert der Synodalrat die Geschäftsleitung der Synode mittels Faktenblättern je zu unterstützendes sozialdiakonisches Projekt/Angebot: die Geschäftsleitung der Synode leitet diese Faktenblätter mit Blick auf die Gespräche und Mitberichte zum Voranschlag an die Finanzkommission und die Kommission Bildung-Medien-Soziales weiter und macht sie mit Blick auf die Behandlung des Voranschlages durch die Synode allen Synodalen zugänglich.

Ziffer 3 wird stillschweigend genehmigt.

Ziffer 4

Mitteilung an den Synodalrat, den Generalvikar, den Generalsekretär des Synodalrates, den Bereichsleiter Finanzen im Sekretariat des Synodalrates sowie die Kommunikationsverantwortlichen von Synodalrat und Generalvikariat.

Ziffer 4 wird stillschweigend genehmigt.

10.3. Schlussabstimmung

Die Synode beschliesst mit 84 Ja, 1 Nein und 3 Enthaltungen:

1. Aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich wird als Zeichen des Dankes an die Bevölkerung des Kantons Zürich im Sinne des vorgelegten Berichtes ein Rahmenkredit Sozialdiakonie im Gesamtbetrag von CHF 1.2 Mio. gesprochen.
2. Die Ausgaben gehen zulasten der Kostenstelle 946 (Jubiläum 50 Jahre Körperschaft), werden für die Jahre 2014, 2015, 2016 und 2017 in Tranchen à je CHF 300'000 ordentlich budgetiert und im jeweiligen Rechnungsjahr entsprechend gebucht.
3. Jeweils auf die Zeit nach den Herbstferien informiert der Synodalrat die Geschäftsleitung der Synode mittels Faktenblättern je zu unterstützendes sozialdiakonisches Projekt/Angebot: die Geschäftsleitung der Synode leitet diese Faktenblätter mit Blick auf die Gespräche und Mitberichte zum Voranschlag an die Finanzkommission und die Kommission Bildung-Medien-Soziales weiter und macht sie mit Blick auf die Behandlung des Voranschlages durch die Synode allen Synodalen zugänglich.
4. Mitteilung an den Synodalrat, den Generalvikar, den Generalsekretär des Synodalrates, den Bereichsleiter Finanzen im Sekretariat des Synodalrates sowie die Kommunikationsverantwortlichen von Synodalrat und Generalvikariat.

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalrats, dankt der Sachkommission BiMeSo für die Unterstützung des Antrags. Er dankt auch allen Synodalen für die Zustimmung, damit wurde ein grosser Teil des Jubiläums auf den Weg gebracht.

Er fordert die Synodalen zudem auf, am Züri-Fest den Stand mit der Festwirtschaft der Katholischen Kirche „Züri Himmel“ zu besuchen.

Leopold von Felten, Männedorf, meldet sich bewusst erst jetzt, weil das, was er sagen wird nichts mit diesem Geschäft zu tun hat. Es freut ihn aber sehr, über die grosse Zustimmung.

Es ist ihm ein Anliegen die vielen Meldungen über die Kirche anzusprechen, die kürzlich in den Medien sehr präsent waren. Dabei handelte es sich zum grossen Teil um ausserordentlich schlechte Meldungen, welche seiner Ansicht nach der Kirche schaden. Hier sollte man Reaktion zeigen. Er ist dafür, auf jeden Fall kräftig zu feiern und nicht zu resignieren, aber danach sollte man die Lage analysieren und allenfalls handeln, z.B. indem man einen Leserbrief schreibt.

11. Fragestunde

11.1. Frage von Monika Rüegegger und Othmar Stüdi

Die Frage wurde am 2. Mai 2013 von Monika Rüegegger und Othmar Stüdi, Dübendorf eingereicht und lautet:

Auf dem Hintergrund der Pfarrei-Initiative werden der Synodalrat und der Generalvikar gebeten, aufzuzeigen, mit welcher Haltung und mit welchen Massnahmen sie der schleichenden Auflösung der gewachsenen Strukturen in den Zürcher Pfarreien entgegentreten möchten, damit wir weiterhin in einer zukunftsfähigen Kirche leben und wirken können.

Dr. Josef Annen, Generalvikar, ist der Meinung, dass es in der Pfarrei-Initiative Aussagen gibt, die ernst zu nehmen sind und andere, die er so, wie sie formuliert sind, nicht annehmen kann.

Ernst zu nehmen ist die Tatsache, dass die Berufsbilder der Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten, der Pfarreibeauftragten, und, zusätzlich zum Text der Initiative, auch das Berufsbild des Priesters, im Wandel sind. Das Berufsbild der Pastoralassistenten ist auch nach über 40 Jahren immer noch recht offen und vieles bedarf der weiteren Klärung. Nicht zuletzt im Seelsorgeraum haben sich alle hauptamtlich Angestellten auf eine ganz neue Situation einzustellen. Die Rollenbilder der Beteiligten sind zu hinterfragen und miteinander zu klären. Darüber muss in den Bistümern gesprochen werden.

Ernst zu nehmen sind auch die Aussagen zum Kommunionempfang von Geschiedenen, Wiederverheirateten und andere im Text angesprochene Fragen.

Nicht akzeptabel ist, dass sakramentale Dienste ohne Beauftragung durch die Kirche praktiziert oder gar als selbstverständliche Praxis dargestellt werden.

Der Generalvikar hat mit den Unterzeichnenden der Initiative aus dem Kanton Zürich ein, seines Erachtens, gutes Gespräch geführt. Sie waren sich einig, dass es weniger um den wort-wörtlichen Text dieser Initiative geht als vielmehr um das Anliegen, das dahinter steckt, dass die Seelsorgerinnen und Seelsorger in der Pfarrei und im Dekanat mit der Bistumsleitung über die zukünftige Gestalt der Pastoral ins Gespräch kommen. Es geht darum, dass ernst genommen wird, wo der Schuh drückt und dass miteinander nach Lösungen für die anstehenden Probleme gesucht wird.

Die Bischöfe von Basel und St. Gallen haben das Anliegen verstanden, im Bistum Chur wird am Wortlaut des Textes ohne Abstrich festgehalten und das Gespräch deshalb als nicht notwendig erachtet. Am kommenden 1. Juli sind die drei Bischöfe zum Gespräch in Rom. Sie sind aufgefordert, eine gemeinsame Lösung für alle drei Bistümer zu suchen.

Bischof Vitus hat sich entschieden, Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der Initiative keine neue kirchliche Beauftragung zu geben bis die gemeinsame Antwort der drei Bischöfe vorliegt. Das bedeutet für den Kanton Zürich, dass jene, die sich beruflich verändern wollten, keine neue Stelle antreten können; Generalvikar Dr. Josef Annen sind zwei solcher Fälle bekannt. Erwähnen möchte er aber, dass niemandem die Missio entzogen wurde und dies auch nicht die Absicht des Bischofs ist. Zwar ist das für die Betroffenen etwas schwierig, sie haben jedoch eine Anstellung und stehen nicht auf der Strasse. Die Stellung der Pfarreibeauftragten steht nicht zur Diskussion. Alle über 30 Pfarreibeauftragten im Kanton Zürich haben ihre Missio letztes Jahr für weitere sechs Jahre erhalten und daran ändert sich nichts. Auch der Beruf der Pastoralassistentin und des Pastoralassistenten steht nicht zur Disposition. Dazu hat sich Generalvikar Dr. Josef Annen auch deutlich in einer Stellungnahme im forum geäußert. Auf den 1. August 2013 bekommen zum Beispiel allein im Kanton Zürich, 15 Pastoralassistentinnen und Pastoralassistenten neu eine einjährige Missio für ihren Dienst im ersten Jahr der Seelsorge, 12 bekommen die sechsjährige Missio. Die Beauftragungen gehen also weiter. Auch wenn die Pfarrei-Initiative verschieden beurteilt wird, möchte der Generalvikar doch nicht von einer schleichenden Auflösung der gewachsenen Strukturen in den Zürcher Pfarreien sprechen, wie es in der Anfrage heisst. Generalvikar Dr. Josef Annen zieht folgendes Fazit: Zum einen muss die Stellungnahme der betroffenen Bischöfe abgewartet werden, im Speziellen natürlich die Stellungnahme von Bischof Vitus. Im Besonderen gilt es, den Dialog über die Aufgaben und Zuständigkeiten der Laien im kirchlichen Dienst und der Priester weiter zu führen. Der gegenwärtige Veränderungsprozess hat auch etwas Gutes. Einleitend zur Sitzung wurde erwähnt, dass es dort, wo der Heilige Geist am Werk ist, auch immer Unruhe gibt. Alte Rollenbilder vergehen, neue müssen miteinander definiert werden. Dazu braucht es grosse Achtsamkeit und Sorgfalt füreinander. Der Generalvikar denkt, dass man in diesem Sinn weiterhin – wie in der Anfrage vermerkt – in einer zukunftsfähigen Kirche leben und wirken kann.

Othmar Stüdli, Dübendorf, dankt dem Generalvikar für die Ausführungen. Er denkt, dass der Generalvikar damit die klare Vorstellung seiner Arbeit vermittelt hat. Die Frage wurde aus Sorge um die Seelsorgenden gestellt und ihn freut die Aussage, dass der Geist wirken kann. Letztendlich geht es darum.

11.2. Frage von Gian Vils

Die Frage wurde am 3. Juni 2013 von Gian Vils, Zürich-Wiedikon eingereicht und lautet:

Wie sieht die Planung für eine Diskussion eines Gesamtberichtes über die zweckgebundenen Subventionen durch die Synode im demnächst beginnenden 3. Jahr der laufenden Amtsperiode aus und welche Vorkehrungen/Massnahmen sind bereits getroffen worden? Muss allenfalls die Geschäftsordnung noch angepasst werden?

Dr. Benno Schnüriger, Präsident des Synodalarats, merkt an, dass diese Frage an den Synodalarat gerichtet ist, aber letztendlich auch an die Synode geht. Bei den zweckgebundenen Subventionen hat sich der Synodalarat bereit erklärt, die Anträge auf Wunsch der Synode gebündelt vorzulegen. Diese werden der Synode rechtzeitig zugeleitet. Wie die Geschäftsleitung diese Anträge sodann behandelt, ist deren Sache. Es werden vier Anträge sein, betreffend forum, Caritas Zürich, Freie Katholische Schulen und Paulus-Akademie – hier geht es um den Betriebsbeitrag, nicht um den Baubetrag –, dazu wird

der Synodalrat noch eine Gesamtschau erstellen, quasi den Mantel rundherum. Betreffend Mantel möchte Dr. Benno Schnüriger bereits jetzt erwähnen, dass der Synodalrat auch den Finanzplan erstellt in welchem die Entwicklung ersichtlich ist. Über die Beiträge kann sicher diskutiert werden, es wird jedoch nicht möglich sein, diese in grösserem Masse zu vermindern oder zu vergrössern. Die Leistungsempfänger sind auf das Geld angewiesen. Der Handlungsspielraum der Synode ist somit rein faktisch beschränkt, wenn die Empfänger nicht existenziell bedroht werden sollen. Höchstens langfristig könnten wesentliche Beträge verschoben werden. Die vorberatenden Kommissionen werden sicher gefordert sein.

André Füglistner, Präsident der Synode, antwortet auf den Bestandteil der Frage von Gian Vils, ob es eine Anpassung der Geschäftsordnung brauche.

Für die Geschäftsordnung ist die Synode und nicht der Synodalrat zuständig und sie verpflichtet den Synodalrat in keiner Art und Weise.

Weil die Geschäftsordnung einer engen oder gemeinsamen Behandlung dieser Vorlagen nicht im Wege steht, muss sie in diesem Sinne auch nicht geändert werden.

Die Geschäftsleitung hat sich bereits einige Gedanken darüber gemacht, wie mit dem Antrags-Paket umgegangen werden soll, hat jedoch noch keinen Entschluss gefällt. Sie erachtet es als nicht sinnvoll, alle vier Vorlagen in einer Sitzung zu behandeln. Eine vorläufige Idee wäre, auf die April-Sitzung hin alle Vorlagen und den Mantelbericht vom Synodalrat zu erhalten und an der Sitzung den Mantelbericht und zwei der Vorlagen zu behandeln. Die zwei restlichen Vorlagen könnten in der Juni-Sitzung traktandiert werden. Dies würde den Blick auf das Ganze in zeitlicher Nähe ermöglichen.

Gian Vils, Zürich-Wiedikon, möchte anmerken, dass jetzt von vier Vorlagen gesprochen wird, 2009 jedoch noch zwei mehr hinein genommen wurden. Wenn nun alle angeschaut werden, bei denen die Leistungsvereinbarungen durch zweckgebundene Subventionen ersetzt wurden, müsste das Gesamtpaket mit einer Grössenordnung von ca. CHF 10 Mio. alles umfassen.

Gian Vils interessiert noch, wann eine Diskussion ohne Beschluss über alle Geschäfte geführt werden kann, damit Rückschlüsse bei der Behandlung der einzelnen Subventionen gezogen werden können.

André Füglistner, Präsident der Synode, ist der Ansicht, dass eine Diskussion ohne Beschluss auf eine Stamm-Veranstaltung hinweisen würde. Die Geschäftsleitung nimmt dies als Anregung entgegen.

André Füglistner weist noch auf den Beschluss von 2009 hin. Damals war von vier Subventionsempfängern die Rede. Seiner Ansicht nach macht es Sinn, und ist anspruchsvoll genug, mit diesen zu beginnen. Sollte es sich als zweckmässig erweisen, kann die Liste zu einem späteren Zeitpunkt erweitert werden.

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

Zürich, 27. Juni 2013

Für das Protokoll: Flavia Rianda

Das Protokoll wurde an der Sitzung der Geschäftsleitung vom 1. Oktober 2013 genehmigt.

André Füglistner
Präsident,

Fritz Umbricht
Aktuar